

## Nr. 1

### Soziale Sicherheit

---

Gesamtheit aller Maßnahmen auf gesetzlicher Grundlage und/oder in öffentlicher, halböffentlicher oder autonomer/privater Trägerschaft (Institution)

Zum Schutz gegen Bedrohung der sozialen Existenz von Personen und Familienernährer, vor allem durch Einkommensausfall in Folge von

Alter

Invalidität

Krankheit

Pflegebedürftigkeit

Mutterschaft

Arbeitslosigkeit

Zugang zu adäquaten medizinischen, pflegerischen, ärztlichen Leistungen

Zugang zu Bildung

Zugang zum Arbeitsmarkt

## Nr. 2

### Ziele der Sozialen Sicherung

---

#### Gesellschaftliche Teilhabe/Inklusion

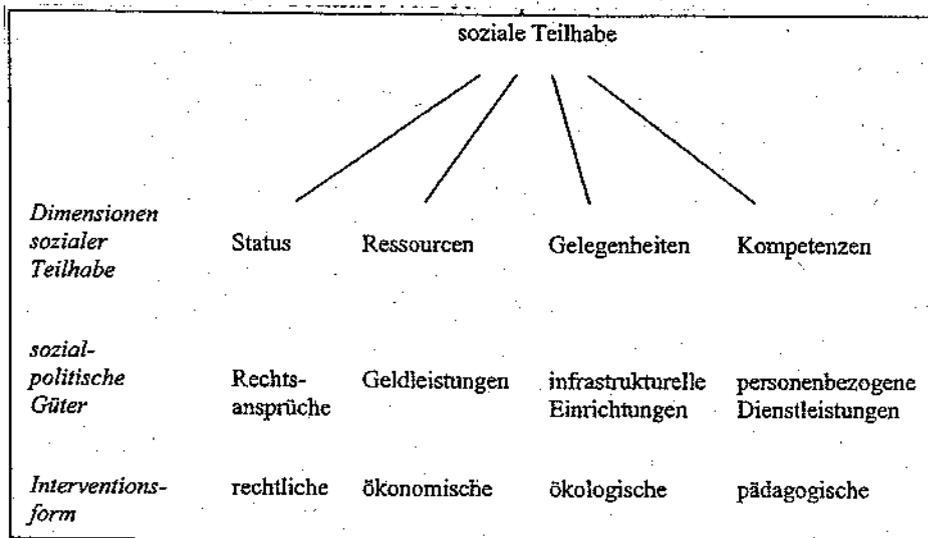
Jede Person hat Zugang zu allen Funktionskreisen der Gesellschaft

- Rechtsfähigkeit/-sicherheit
- Familiengründung
- Ausübung und Kontrolle politischer Macht
- Bildungssystem
- Medizinisch/pflegerische Versorgung bei Bedarf
- Teilnahme am Wirtschaftsverkehr (Unternehmer, abhängig Erwerbstätiger, Konsument)

Inklusion geht über Solidarität hinaus

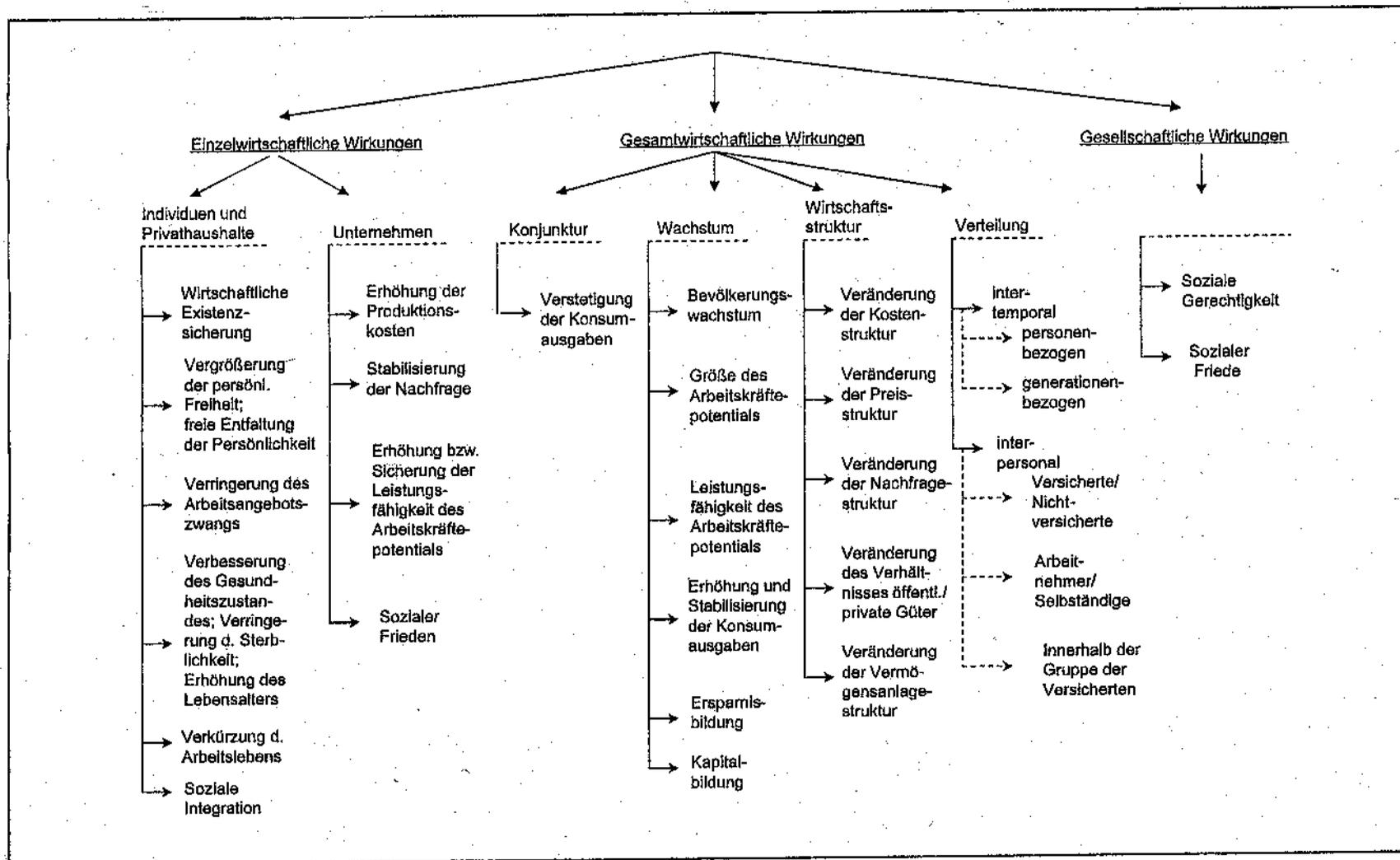
Ermöglichung persönlicher Freiheit, Abschaffung feudaler familialer korporativer Abhängigkeit

Soziale Teilhabe und sozialpolitische Intervention



Interventionsformen	rechtliche	ökonomische	ökologische	pädagogische
<b>Dimensionen</b>				
<b>I Wirkungsweise</b>	Wirkt auf die rechtlichen Grundlagen sozialer Beziehungen durch Schutz von Rechtsverhältnissen	Wirkt auf die Struktur der verfügbaren Haushaltseinkommen durch interpersonelle Umverteilung von Primäreinkommen	Wirkt auf Verteilung räumlich gebundener Teilhabebelegenheiten durch Planung von Raumnutzung und Schaffung von Infrastruktur	Wirkt auf die Vermittlung soziokultureller Kompetenzen an Personen, inhaltliche Beeinflussung von Lernprozessen
<b>II Typische Maßnahmen</b>	Einräumung von Schutz-, Beteiligungs-, Inanspruchnahme-, Beschwerderechten sowie Beteiligungsverpflichtungen an Verfahrensregelungen, Gerichtsbarkeit, Aufsichtsorgane	Steuern und Abgaben Transferzahlungen Steuererleichterungen	Landes- u. Stadtentwicklungsplanung, Sozialplanung Wohnungsbau Finanzierung von Einrichtungen und Personal	Professionalisierung, Curricula Angebot von Bildung, Beratung, Rehabilitation und Information Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten
<b>III sozialpolitisch intendierte Hauptwirkung</b>	Stärkung der Rechtsstellung sozial schwacher Personengruppen im Hinblick auf Teilhabemöglichkeiten	Erhöhung der verfügbaren Einkommen von Personengruppen mit ungenügendem Privateinkommen	Verbesserung der Zugangschancen und der Qualität von lebenslage relevanten Umweltsegmenten	Erhöhung der Handlungsfähigkeit von Personen mit Bezug auf legitime Teilhabemöglichkeiten
<b>IV Trägerschaft</b>	Notwendigerweise staatlich	(para)staatlich, z.T. verbandliche Selbstverwaltung	Zusammenwirken staatlicher und intermediärer Instanzen	Staat, intermediäre Instanzen, kollektive Selbsthilfe
<b>V Zentralproblem der Realisierung</b>	Rechtswahrnehmung Normkonformität	Finanzierung	inter-organisatorische Koordination, Inanspruchnahme	interpersonelle Kommunikation als Wirkungsbedingung
<b>VI Generalisierbarkeit von Regelungen</b>	Hoch	hoch	niedrig	niedrig
<b>VII öffentliche Kosten</b>	Niedrig	hoch	hoch, verteilungsabhängig	variabel
<b>VIII Implementierbarkeit</b>	zentral - dezentral, Schwierig	zentral, leicht	zentral - dezentral mittelschwer	dezentral, schwierig
<b>IX Akzeptanz</b>	interessen- und kompetenzabhängig	i.d.R. unproblematisch, bei Zweckbindung selektiv	selektiv/variabel	unkontrollierbar/umstritten

Die Wirkungen des Systems sozialer Sicherung



## Nr. 5

### Sozialpolitik

---

Deutsche Staats-, Sozialwissenschaft, Vorphase 1848

Unterscheidung Staat – Gesellschaft (Hegel)

Vermittlung zwischen marktgesellschaftlicher Privatsphäre und rechtsstaatlicher Öffentlichkeit

Zur Lösung der „Socialen Frage“

Vormärz (1848): Pauperismus/Armut, Elend

Seit etwa 1880: Arbeiterfrage (Industrialisierung, Verstädterung, Proletarisierung, Demokratisierung, soziale Bewegungen)

Bismarcksche Sozialgesetz/Verein für Socialpolitik: Staatspolitische Färbung

nach 1918: Umverteilungspolitik

nach 1945: international gebräuchlich synonym mit wohlfahrtsstaatlicher Politik

Klassischer Zweig in Deutschland: Arbeitsschutz, Sozialversicherungen mit Arbeitsrecht, Sozialrecht

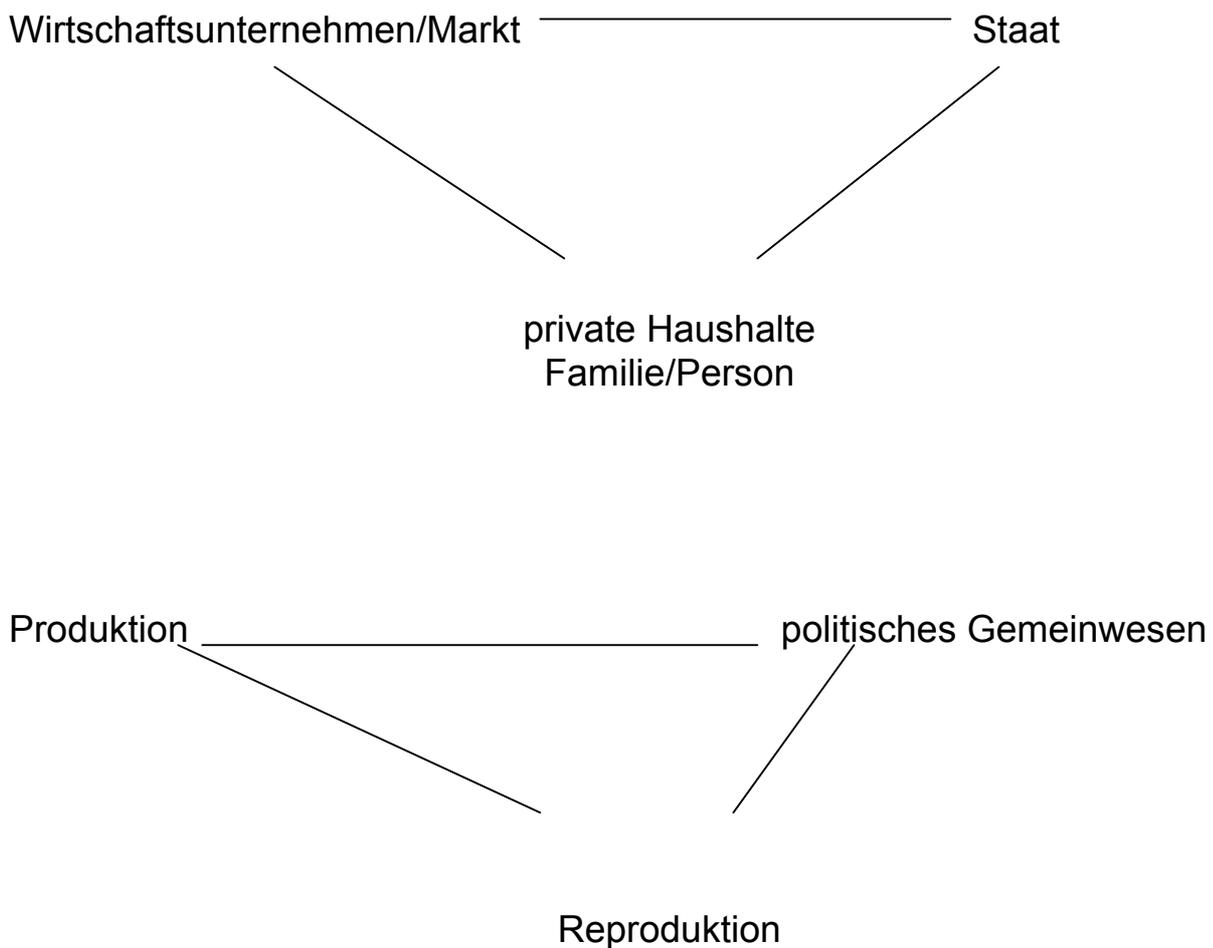
Bildung wird in Deutschland nicht dazu gerechnet, im Gegensatz zum angelsächsischen Raum

## Nr. 6

### Sozialpolitik

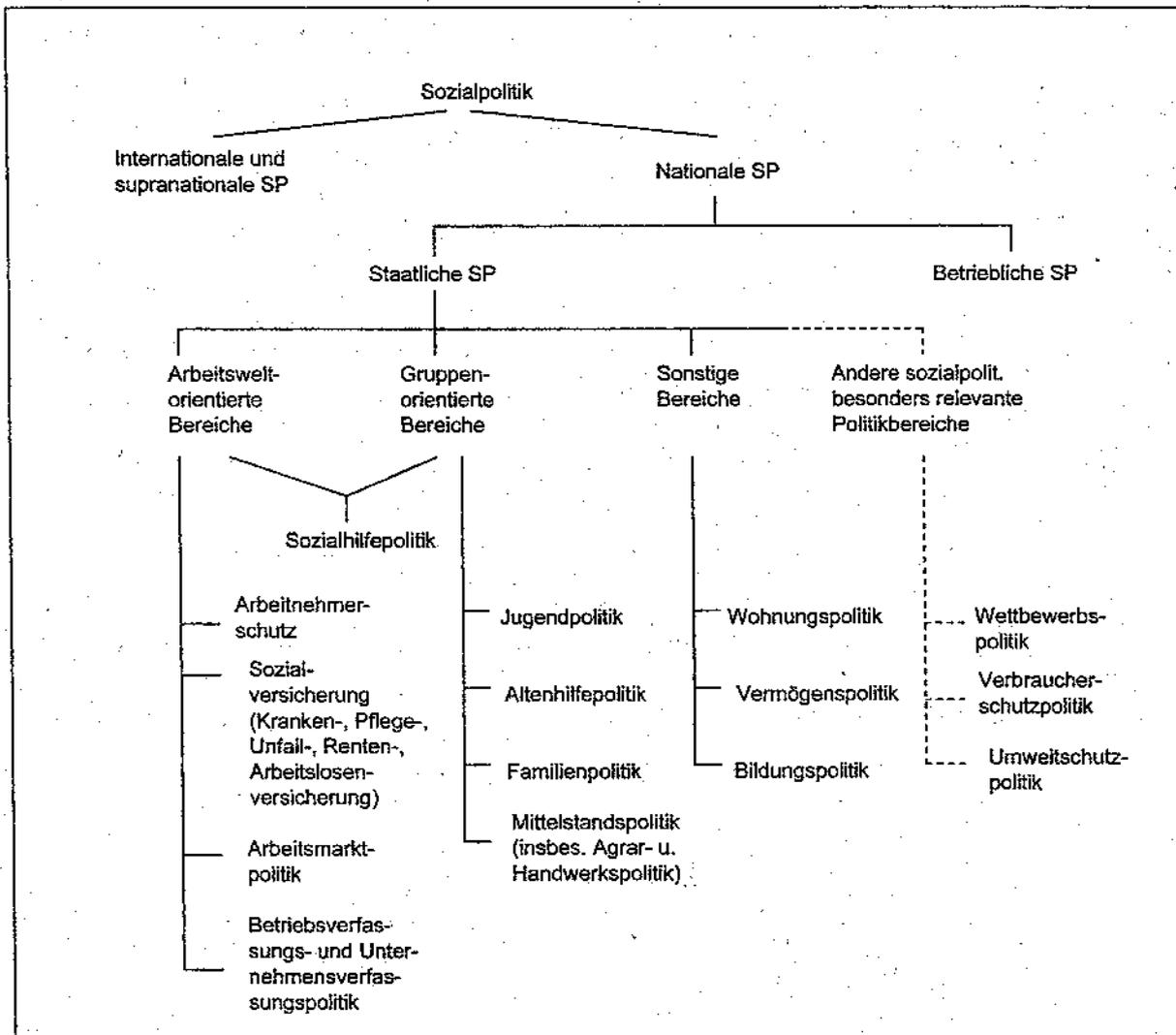
---

Soziale, auch gesundheitliche Sicherung  
durch Steuerung und Regulation zwischen

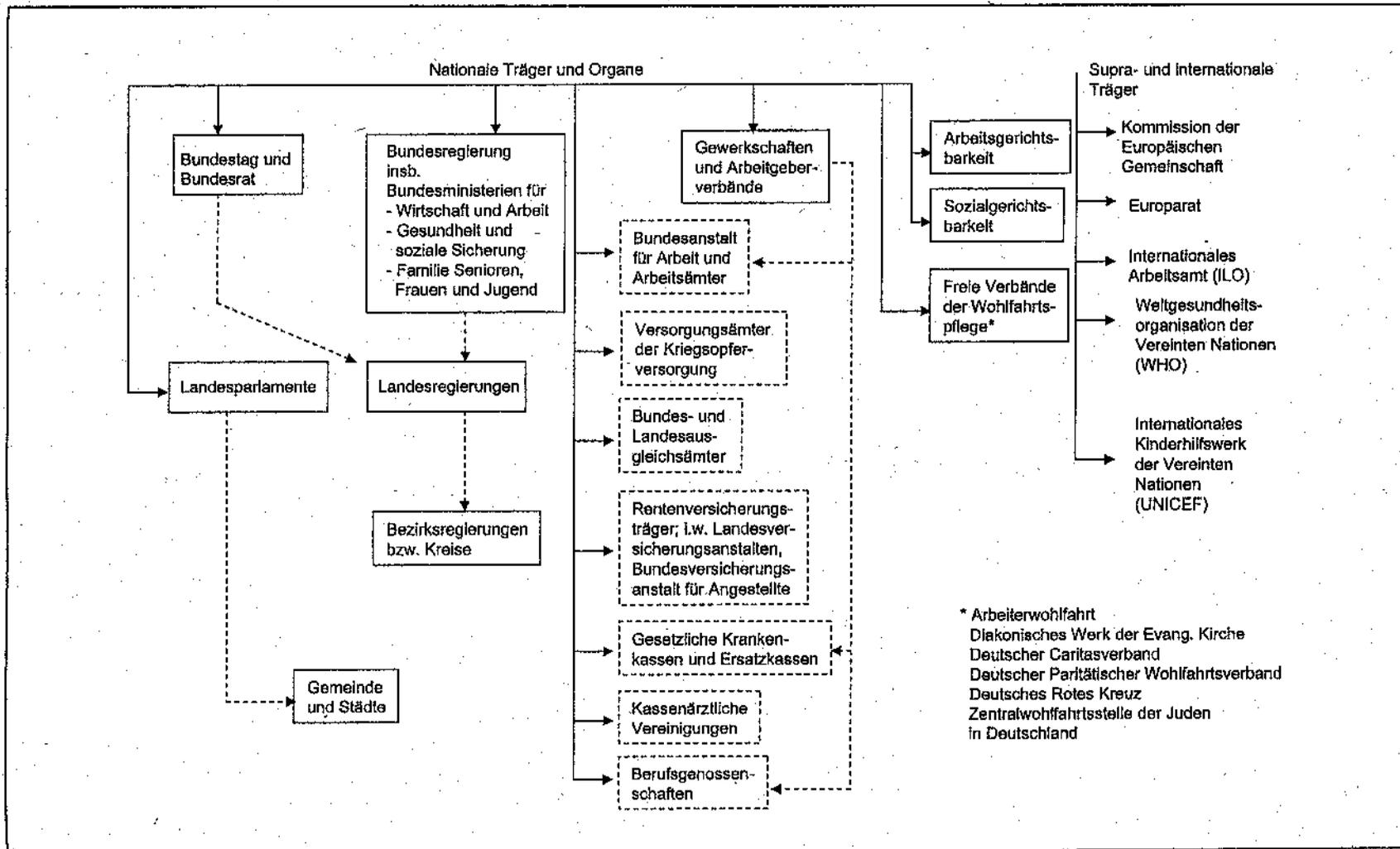


- Human-, Arbeitsvermögen/Leistungs-, Erwerbs-, Arbeitsfähigkeit
- soziale Teilhabe/Inklusion
- Bewältigung von Risiken/Schäden
- Statussicherung (Bürger, Freiheit)

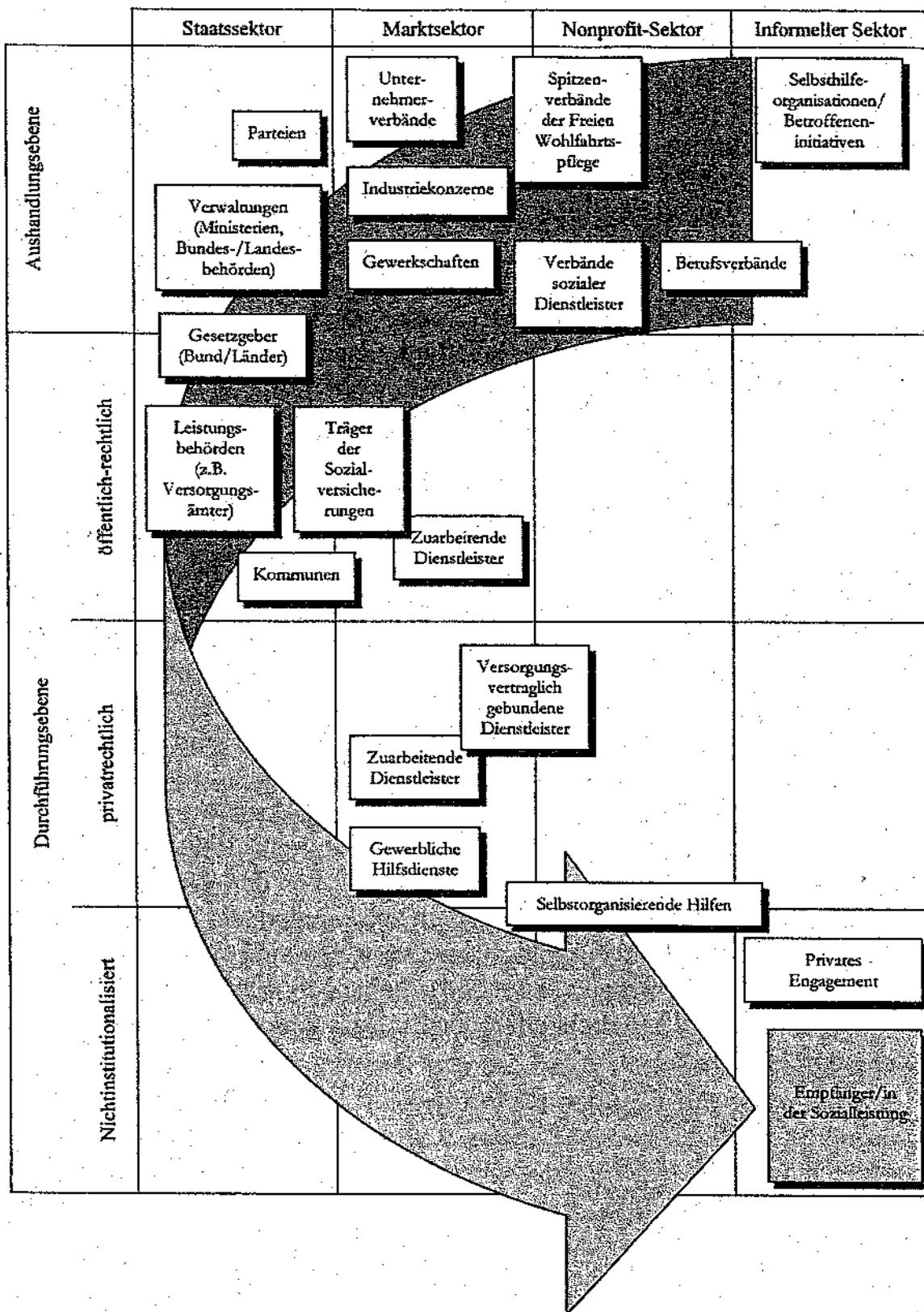
Bereiche der Sozialpolitik (SP)



Träger und Organe der staatlichen Sozialpolitik



Einfluss- und Leistungswege in der Sozialpolitik



## Nr. 10

Aufgaben des städtischen Gesundheitswesens, 16. Jahrhundert,  
z.B. Nürnberg

---

### Vorschriften/öffentliche Ordnung

- Wasserversorgung
- Straßenreinigung
- Lebensmittel-/Marktordnungen
- Aufsicht über „medizinisch“ Berufstätige, innerberufliche Konkurrenz
- Hospitäler für Gebrechliche/Arme (Leprosorien)
- Stadtarzt/Stadtwundarzt
  - gerichtsmedizinische Gutachten
  - Wundversorgung
  - Versorgung von Kriegsverletzten
  - Armenversorgung

## Nr. 11

„System einer vollständigen medicinischen Polizey“ (obrigkeitsstaatliche Verwaltungslehre)

Johann Peter Frank (1745 – 1821)

---

Praktischer Arzt, 1784 Professor in Göttingen

Adressat: nicht Volk, Ärzte

sondern „Vorsteher menschlicher Gesellschaften“

Ziel: Zahl und Kraft der Bevölkerung zu schützen und zu mehren,  
Sicherheit des Lebens  
Wohlfahrt der Untertanen

Regelung des gesamten öffentlichen und privaten Lebens nach  
gesundheitlichen Gesichtspunkten

- Ehe, Schwangerschaft, Kindbett, Kinderaufzucht
- Schule,
- Wohnung, Kleidung, Nahrung
- öffentliche Sicherheit
- Arzneikunde
- Ärzte, Krankenhauswesen
- u.a.

---

8 Bände 1779 – 1804

## Nr. 12

Öffentliche Gesundheit – öffentliches Gesundheitswesen, Lorenz von Stein  
(1815 – 1890)

---

„Der Begriff der öffentlichen Gesundheit enthält ... die Gesundheit der einzelnen Staatsbürger als Element des öffentlichen Verkehrslebens, insofern dieselbe, einerseits die Grundlagen der Gesundheit aller übrigen, andererseits das Ergebnis derselben ist ... denn auf ihr beruht die ganze geistige und wirtschaftliche Produktionskraft des Menschen ... entsteht der Begriff der allgemeinen Gesundheit, als der durchschnittlichen Höhe der gesundheitlichen Kraft bei allen einzelnen Individuen ... und diese ... wird zur öffentlichen Gesundheit.“

„... so ergibt sich, dass die Aufgabe der Verwaltung sein muß, diejenigen Bedingungen im Leben der Gemeinschaft herzustellen, welche die Gesundheit überhaupt einerseits vor den ihr aus dem Verkehr des Gesamtlebens erwachsenen Gefahren schützen, und andererseits dieselben herstellen und fördern können. Und die Gesamtheit der hierauf bezüglichen Bestimmungen, Maßregeln und Anstalten der Verwaltung bilden somit das öffentliche Gesundheitswesen.“

(Stein 1867)

## Nr. 13

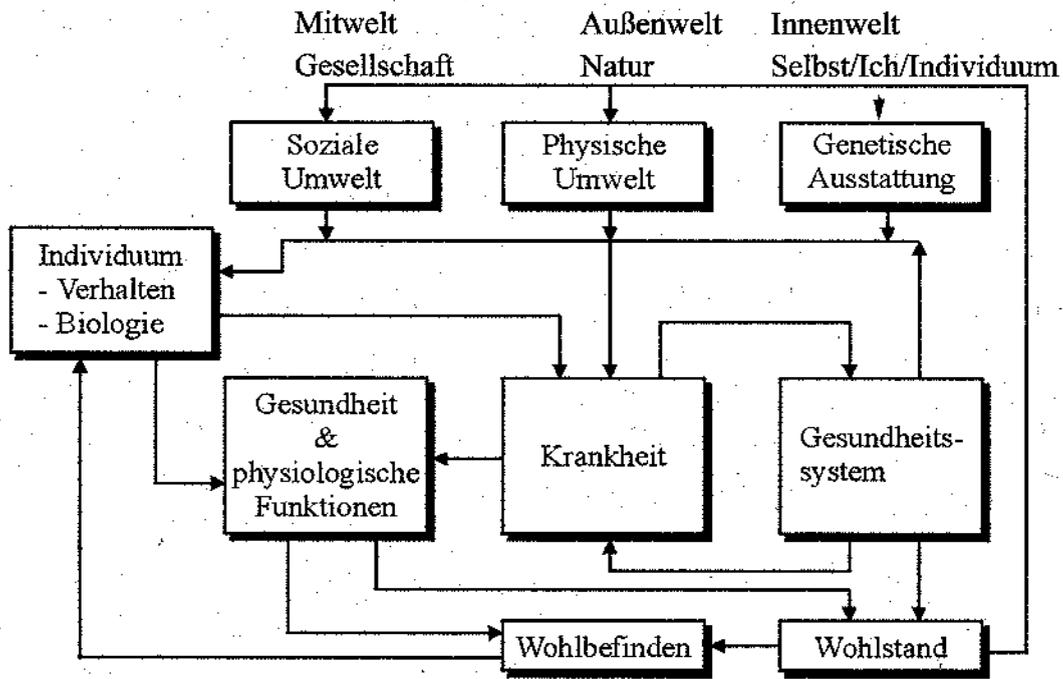
### Gesundheitswissenschaften um 1900

Disziplin	Bezugsdisziplin	„skandalisierte“ Krankheit	Interventionsobjekt	Interventionsziel	Erklärungsdefizit	Gesellschaftl
Experimentelle Hygiene (ca. 1855)	Chemie, Physik	(Cholera) akut epidemische Infekt.krankheiten	mittelbare/ unmittelbare Umwelt	Öffentl.-tech-nische Assanie-rung der unbeleb-ten Umwelt	Spezifität der einzelnen Infekt.-krankheit	Industrie-/Handelsstädte
Bakteriologie (ca. 1880)	Mikrobiologie	(Typhus) akut endemische Infekt.-krankheiten	Keim (bzw. Keimträger)	(seuchentechn.) Vernichtung bzw. Isolation des Keim(träg.)s	Variabilität des Seuchenge-schehens	Staat
Konstitutionshygiene	Physiologie, Mikrobiologie	Variabilität von (Inf.-)Krankheiten und Seuchen	Disposition, Exposition (bzw. biol. def. Merkmalträger)	Stärkung der Konstitution, Ausschaltung der Exposition	./.	./.
Soziale Hygiene (ca. 1900)	Sozial-, Wirtschaftswissenschaften	(Tuberkulose) chronisch endemische Inf.-krankheiten	Gruppe sozial definierter Merkmalträger	Beseitigung sozial pathogener Faktoren; hyg. Kultur(standard)	./.	Industriestädte/-regionen
Rasse-/Rassenhygiene (ca. 1900)	Biologie, Genetik	(„Idioten“, „Schwache“) Vererbung von Krankheiten u. Dispositionen	Erbgut (biolog. def. Merkmalträger)	Auslese der neg. Merkmalträger; Förderung der positiven Merkmalträger	./.	Staat

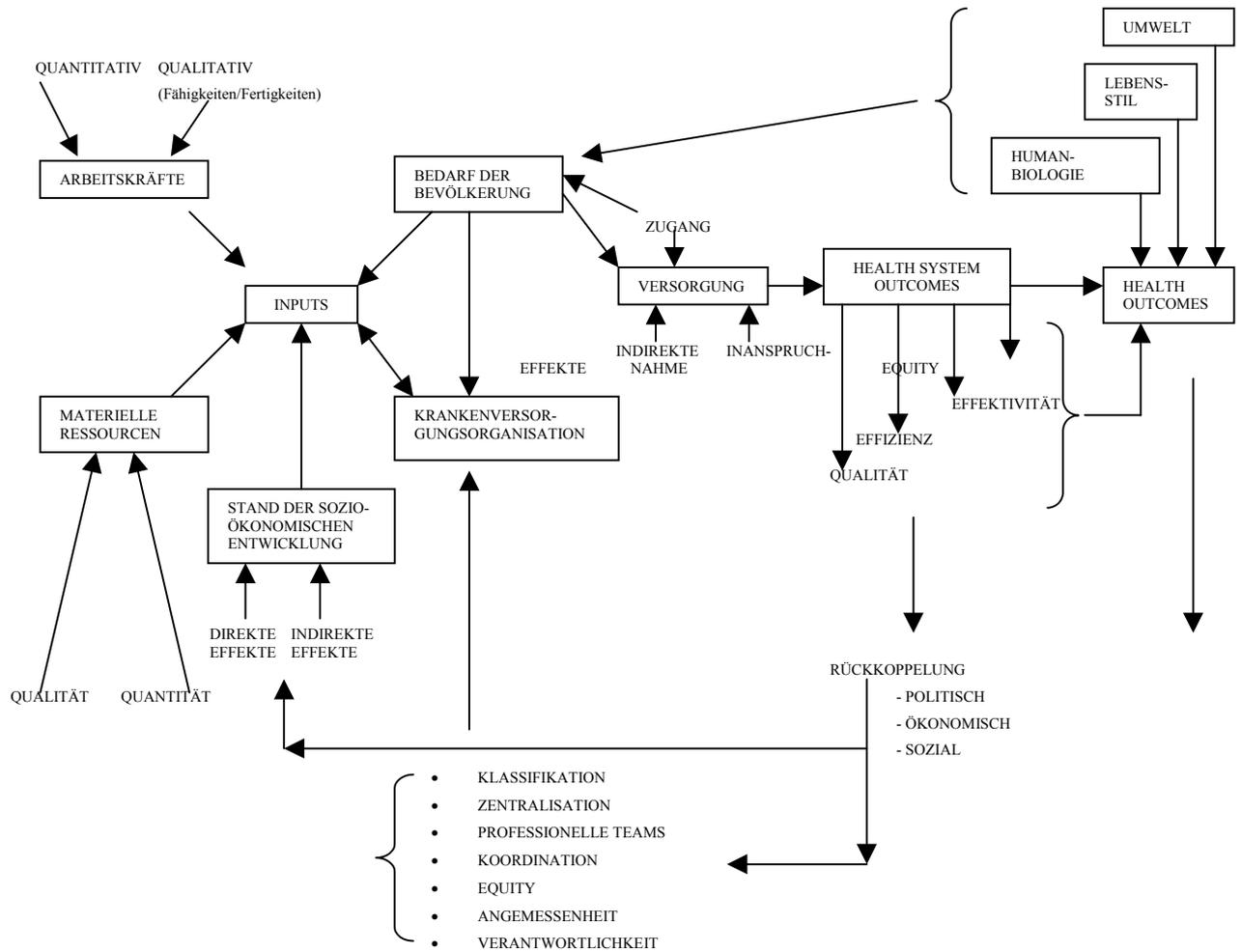
Modellvorstellungen, Konzepte von Gesundheit und Gesundheitsmaße

Zeit	Kausal-Modelle	Konzepte (Modellvorstellungen von Gesundheit)	Gesundheitsmaße (Indikatoren, Indizes)
1900	<i>single-cause</i> -Modell (Infektionskrankheiten)	<i>ecological</i> -Modell (Agens-Wirt-Umwelt)	Mortalität Morbidität (Prävalenz, Inzidenz)
1920	<i>multiple-cause</i> -Modell ( <i>infectious disease cycle</i> , Transition zu chronischen Erkrankungen)	<i>social-ecology</i> -Modell (Wirt-Umwelt-Verhalten)	arbeitsbezogene Invaliditätsmaße (Arbeitsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit)
1940		WHO-Modell (physisch, mental, sozial)	
1970	<i>multiple-cause</i> -Modell <i>multiple-effect</i> -Modell ( <i>chronic disease cycle</i> )	Risikofaktorenmodell holistisches Modell (Umwelt, Biologie, Lebensstil, Gesundheitssystem) WHO: <i>Achieving-Health-for-All</i> -Modell	Maße für Risikofaktoren, Verhalten, Lebensstil, Umwelt
1980		Wellness-Modell ( <i>increasing conditions of wellness</i> )	Maße für Wellness, Lebensqualitätsmaße (QL, QALYs: <i>wellness and functioning</i> ) Maße für Ressourcenallokation
1990	<i>multiple-cause-multiple-effect</i> -Modell ( <i>social transformation disease cycle</i> )	WHO: <i>health promotion</i> : Entwicklung von <i>healthy policies</i> : Politik-Gemeinde-Setting-Bezug	Maße für <i>equity</i> Maße für Sozialindizes
2000			Maße in allen Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft mit <i>health impact</i>

nach Schwartz, F.W. et al, 1998 und nach Dreyer, G.E.A., 1991



Makro-Modell eines Gesundheitssystems



## Aspekte von Gesundheit

---

- biologische Prozesse
- Prozesse des Lebens, Lebensentwürfe, Lebensläufe, Biografien
- individuelle Fähigkeiten und Ressourcen sowie Risiken
- gesellschaftliche Ressourcen und Risiken
- soziale Strukturen und institutionelle Arrangements der sozialen bzw. gesundheitlichen Sicherung
- politische, rechtliche und ökonomische Interventionen, Regulierungen und Steuerungen
- kulturelle Wertsetzungen

## **Nr. 17**

### Staatliche Intervention zur Gesundheitssicherung (Auswahl)

---

#### **Deutschland**

- 1839 Preußisches Regulativ Beschäftigung Jugendlicher in Fabriken/Verbot Kinderarbeit
- 1853 Fabrikinspektion
- 1869 Gewerbeordnung
- 1883 Krankenversicherungsgesetz
- 1884 Unfallversicherungsgesetz
- 1889 Invaliditäts-/Alterssicherungsgesetz

#### **England**

- 1833 Factory act Verbot Kinderarbeit unter 9 Jahre, Fabrikinspektion
- 1834 Armengesetz, Armenmedizin
- 1942 Beveridge-Plan: National Health Service

Sozialbudget 2000

(1)	(2)	(3)	(4)	Leistungen <sup>a</sup> nach Institutionen		
				in Mrd. Euro	in % des BIP	in % d. Sozial- budgets
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
<b>1</b>			<b>Soziale Sicherung</b>	<b>512,16</b>	<b>25,2</b>	<b>74,1</b>
	1.1		Allgemeine Systeme	457,57	22,5	66,2
		1.1.1	Rentenversicherung	231,95	11,4	33,5
			Arbeiterrentenversicherung	112,19	5,5	16,2
			Angestelltenrentenversicherung	105,37	5,2	15,2
			Knappschaftliche Rentenversicherung	14,39	0,7	2,1
		1.1.2	Krankenversicherung	132,82	6,5	19,2
		1.1.3	Pflegeversicherung	16,68	0,8	2,4
		1.1.4	Unfallversicherung	11,02	0,5	1,6
		1.1.5	Arbeitsförderung	65,10	3,2	9,4
			Arbeitslosengeld	23,61	1,2	3,4
	1.2		Sondersysteme	5,22	0,3	0,8
		1.2.1	Alterssicherung der Landwirte	3,28	0,2	0,5
		1.2.2	Versorgungswerke	1,94	0,1	0,3
	1.3		Leistungssysteme d. öff. Dienstes	49,37	2,4	7,1
		1.3.1	Pensionen	33,39	1,6	4,8
		1.3.2	Familienzuschläge und Beihilfen	15,98	0,8	2,3
<b>2</b>			<b>Arbeitgeberleistungen</b>	<b>54,20</b>	<b>2,7</b>	<b>7,8</b>
	2.1		Entgeltzahlung im Krankheitsfall	26,28	1,3	3,8
	2.2		Betriebliche Altersversorgung	14,21	0,7	2,1
	2.3		sonstige Arbeitgeberleistungen	5,78	0,3	0,8
	2.4		Zusatzversorgung im öffentl. Dienst	7,94	0,4	1,1
<b>3</b>			<b>Entschädigungen</b>	<b>6,78</b>	<b>0,3</b>	<b>1,0</b>
	3.2		Soziale Entschädigungen <sup>b</sup>	5,32	0,3	0,8
	3.3		sonstige (Lastenausgleich usw.)	1,46	0,1	0,2
<b>4</b>			<b>Förder- und Fürsorgesysteme</b>	<b>52,78</b>	<b>2,6</b>	<b>7,6</b>
	4.1		Sozialhilfe	25,72	1,3	3,7
	4.2		Jugendhilfe	16,78	0,8	2,4
	4.3		Kindergeld	0,12	0,0	0,0
	4.4		Erziehungsgeld	3,74	0,2	0,5
	4.5		Ausbildungsförderung	0,92	0,0	0,1
	4.6		Wohngeld	4,31	0,2	0,6
	4.7		Leistungen zur Vermögensbildung	1,19	0,1	0,2
<b>5</b>			<b>Indirekte Leistungen</b>	<b>70,94</b>	<b>3,5</b>	<b>10,2</b>
	5.1		Steuerliche Maßnahmen (ohne FLA)	39,29	1,9	5,6
	5.2		Familienleistungsausgleich (FLA)	31,65	1,6	4,5
<b>Sozialbudget</b>				<b>696,86</b>	<b>34,3</b>	<b>100,0</b>

a Konsolidiert.

b Im Wesentlichen Kriegsopferversorgung.

<b>Gesundheitspersonal nach Berufen in 1 000</b>				
<b>Gegenstand der Nachweisung</b>	<b>2002</b>		<b>2003</b>	
	insgesamt	dar. Fraue n	insgesamt	dar. Fraue n
Berufe insgesamt	4 185	2 995	4 210	3 020
Gesundheitsdienstberufe	2 222	1 747	2 243	1 764
Ärzte, Zahnärzte, Apotheker	420	171	422	173
Ärzte	301	114	304	116
Apotheker	54	33	54	33
Zahnärzte	64	24	65	24
übrige Gesundheitsdienstberufe	1 802	1 575	1 820	1 591
Arzthelfer/ zahnmedizinische Fachang.	504	498	508	503
dar.: zahnmedizinische Fachang.	192	190	194	193
Diätassistenten	12	12	12	11
Heilpraktiker	19	12	20	14
Helfer in der Krankenpflege	223	168	225	169
Gesundheits- und Krankenpfleger	709	604	715	608
dar.: Hebammen	17	17	18	18
Physiotherapeuten, Masseur, med. Badem.	130	97	131	98
dar.: Physiotherapeuten	73	63	75	64
medizinisch-technische Assistenten	96	87	97	89
pharmazeutisch-technische Assistenten	50	50	51	50
therapeutische Berufe a.n.g.	59	47	61	50
Soziale Berufe	297	254	307	263
Altenpfleger	277	239	286	248
Heilerziehungspfleger	7	5	8	5
Heilpädagogen	13	10	13	10
Gesundheitshandwerker	138	67	137	67
Augenoptiker	40	25	40	26
Orthopädiemechaniker	10	2	11	2
Zahntechniker	71	37	69	35
sonstige Gesundheitshandwerker	17	4	17	4
sonstige Gesundheitsfachberufe	83	59	80	57

Gesundheitsingenieure	15	12	14	10
gesundheitssichernde Berufe	14	3	13	2
Gesundheitstechniker	9	1	9	2
Pharmakanten	5	3	5	3
pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte	41	40	40	39
andere Berufe im Gesundheitswesen	1 445	868	1 443	869
Aktualisiert am 08. Dezember 2004				

1. Gesamtheit Ordnungen und Institutionen (insbesondere monetäre Leistungen und Dienste)

jedem das Lebensnotwendige gewährleisten

Nachteile zu Lasten sozial Schwächerer verhindern, kompensieren, kontrollieren

2. Konkrete Gestalt aus gesellschaftlichen Verhältnissen und politischem System seit etwa spätes 18. Jahrhundert, Bismarck 1880ziger Jahre (Pfadabhängigkeit)

Seit 1949 Reaktion auf NS-Zeit,  
Bundesstaat (Föderalismus)  
Rechtsstaat  
Interventionsstaat  
Demokratie (Grundgesetz)

3. Legitimation (Anerkennung einer Herrschaft durch Unterworfenen: wohl begründet, rechtmäßig, anerkennungswürdig)

durch gesellschaftliche Kräfte des Bundesstaates, Rechtsstaates, demokratischem System

4. Legitimation durch normatives Konzept

- staatliche Verantwortung für Wohlstand, Freiheit, Sicherheit Gleichheit, Schutz vor Not (Ziele) von Gesellschaftsmitgliedern verstanden, angenommen und erfahren durch Teilhabe (Inklusion), Gerechtigkeit, Solidarität (Prinzipien)
- Gemeinschaftsleistung von Gesellschaft mit privaten und öffentlichen Elementen zusammen mit Staat (Prinzip Subsidiarität)
- Ziele und Prinzipien vielfältig, komplementär wie widersprüchlich konstruktive, konsensuale Lösungen, Verfahren (Legitimation)
- Definitionsmacht der Konkretion von sozial, gerecht, solidarisch von gesellschaftlicher Macht-Gesellschaftsverhältnissen, politischem System abhängig

## Keine automatischen Umsetzungsmechanismen des normativen Konzeptes

5. Erfolgsgeschichte 1950 – 1975  
Wohlstand, Freiheit, Sicherheit, Gleichheit, Abwehr von Not, dennoch Defizite, Schwierigkeiten, negative Dimensionen  
Gemeinsamkeit der guten Erfahrung lässt nach beschleunigt durch deutsche Vereinigung  
Europäisierung, Globalisierung  
Notwendigkeit Verwirklichung Sozialstaat zu überprüfen, weiterzuentwickeln  
politisches System dazu unzulänglich fähig und bereit
  
6. Sorge um den Sozialstaat – Sorge um unser politisches System
  - Krise des Sozialstaates – Umbau des Sozialstaats nur vordergründig
  - Legitimationskrise des politischen Systems hintergründig entscheidend

- ökonomischer Nutzen
    - Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft
    - Humankapitalbildung
      - Bildungs-, Familienpolitik
      - Arbeitsschutz: Schutz vor Gesundheitsverschleiß
      - Gesundheitswesen
    - fördert, erhält, steigert Arbeitsproduktivität
  
    - volkswirtschaftlich kaum betriebswirtschaftlich erkennbar
  
    - Stabilisierung der Nachfrageseite (Konsum)
  
    - Sicherung öffentlicher Güter, z.B. Gesundheit, Bildung/Qualifikation
  
    - Kosten-Nutzen nicht eindeutig aufeinander bezogen
  
    - meritorische Güter: Relevanz externer Effekte, Nutzen für den Einzelnen und zugleich systemrationaler kollektiver Nutzen
  
  - politischer Nutzen
    - gesellschaftsintegrierende Funktion
    - Pazifizierung der industriellen Beziehungen, Konflikt Lohnarbeit – Kapital
    - politische Stabilität, produktive Konfliktaustragung
    - spezifischer Typus der Vergesellschaftung politischer Demokratie, effektive Marktwirtschaft, ausgebauter Sozialsektor
  
  - kulturelle Bedeutung
    - Gewährleistung einer als gerecht und sozial angesehenen Sozialordnung
    - Legitimität: Staat – Gesellschaft (Nationalstaat – EU)
  
  - soziale Bedeutung
    - Reproduktion, Regeneration des Humanvermögens – täglich, Generationen
    - private Wohlfahrtsproduktion
    - vor allem in Familie, Haushalte
    - private Lebensformen (Genderfrage, Frauen als stille Reserve für Arbeitsmarkt)
-

## Nr. 22

### Demografische Herausforderungen des Sozialstaates

---

- Gesellschaft mit langem Leben
- Geburtenrückgang
- Alterung
- Bevölkerungsrückgang

Sozialpolitik nicht nur auf 2, sondern auf 3 Generationen gerichtet

Kollektive Finanzierung von Alterssicherung zu 100 % über Renten (Beiträge, Steuertransfer)

von Kindern nur zu etwa 25 % kollektiv

keine „Kinderversicherung“ wie Altersversicherung

Selbstverständlichkeit der familialen Leistungen

Individualisierung der Kosten für Nachwuchssicherung

Probleme:

- Finanzierung Sozialversicherungen
- qualifizierte Arbeitskräfte
- politische Macht der Älteren
- Kultur der Kinderlosigkeit

## Nr. 23

### Ökonomische Herausforderungen des Sozialstaates – strukturelle Arbeitslosigkeit

---

Finanzierung der Sozialpolitik von Produktivität, Wachstum  
finanzielle Ergiebigkeit von der Wirtschaft abhängig

Finanzierung Sozialversicherungen durch lohnproportionale Beiträge der  
Unternehmer (Kapital) und Beschäftigten (Lohn-Arbeit)

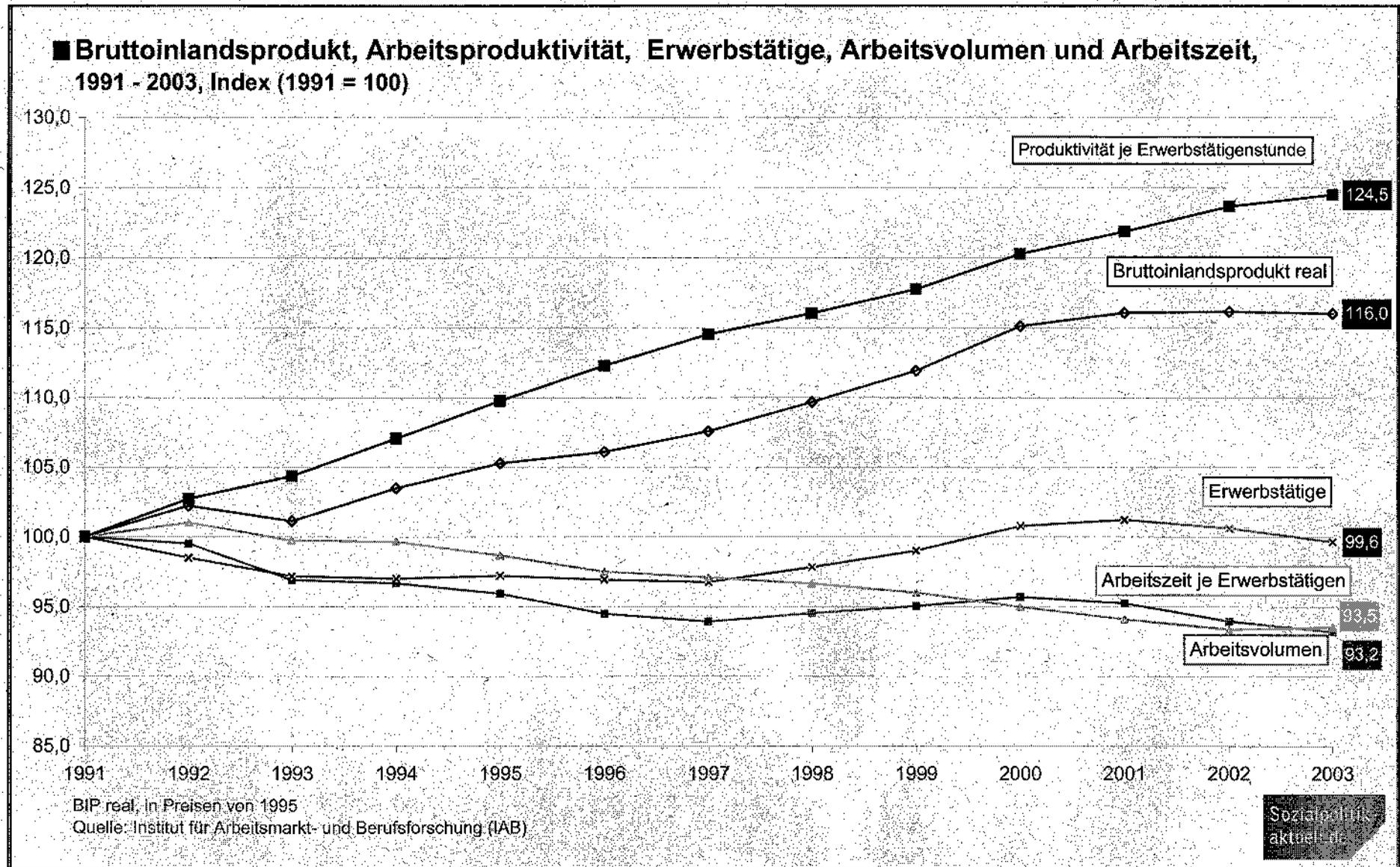
Soziale Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit: Einkommen

Kapital beteiligt an Sozialpolitik seit Bismarck über Arbeitgeberbeitrag

Repräsentanz in der Selbstverwaltung, Mitträger des Sozialstaates

Kapital entzieht sich zunehmend stärker dieser Verpflichtung durch

- Internationalisierung der Kapitalmärkte, nationalstaatlich kaum zu kontrollieren
- weltweiter, insbesondere EU-weiter Rationalisierungswettbewerb (Rationalisierung: Ersatz von menschlicher Arbeitskraft durch Technik und „lean“-Organisation)  
in Produktion, aber auch Administration (lean management)
- Entkoppelung von Gewinnchancen der Unternehmen (share holder) von Beschäftigungsniveau (stake holder):  
Ergebnis:  
strukturelle Arbeitslosigkeit  
Paradoxien: Faktor Arbeit soll einerseits billig sein, andererseits Sozialstaat tragen, Konsum steigern



## Nr. 25

### Soziale Herausforderungen des Sozialstaates, gemischte Wohlfahrtsproduktion

---

Informeller Sektor, Non-Profit-Sektor diesseits von Markt und Staat

Leistungen, Tätigkeiten, keine entgeltliche Beschäftigung

Selbsthilfebewegungen

bürgerschaftliche, zivilgesellschaftliche Aktivitäten

Leistungen, emotionale Unterstützung, instrumentelle Hilfe, Beratung, Interessensartikulation

in Primärbeziehung, Familie, Nachbarschaft, Verwandtschaft, Freunde

in Gruppen, freie Assoziation, Verbände, Netzwerke

Wohlfahrtsproduktion für Wirtschaft und Staat

- Reproduktion

Erziehung Kinder für gesellschaftliche Rollen/Tätigkeiten

- Sozialisation von Fähigkeiten, Fertigkeiten, Kompetenzen

Humanvermögen: Gesamtheit der Kompetenzen von Individuen für alle möglichen Bereiche der Gesellschaft (z.B. Wirtschaft, Staat, Kultur, Familie)

Rolle: Arbeitnehmer, Vater, Konsument, Vereinsvorsitzender usw.

- Aufrechterhaltung von Humanvermögen für Erwachsene  
gesunde Lebensführung, Erholung, Stärkung des Selbstbildes  
soziale emotionale Unterstützung

Hilfeerfahrung

- Herstellung und Erfahrung von Solidarpotentialen

Eltern – Kinder

Kinder – Kinder

Kinder – Eltern – Großeltern – Verwandte

moralische Ökonomie, Erfahrung von Reziprozität, kein Tauschprozess mit monetären Transfers produziert Wohlbefinden in sozialer Interaktion

Kosten Aufziehen von Kindern bis 18 Jahre

(Preisniveau 1990)

Zwei-Kinder-Familie gut 300.000 DM

plus Zeitaufwand für Betreuung bei durchschnittlichem Bruttoverdienst einer Arbeiterin

500.000 DM (5. Familienbericht)

---

## Nr. 26

Die internationale Herausforderung: Europäisierung, Globalisierung des Sozialstaates

---

Relativierung des demokratischen Rechts- und Interventionsstaates (DRIS)

Moderne Staatlichkeit (OECD-Welt)

- Gewaltmonopol, Steuererhebung auf abgeschlossenem Territorium
- an sein Recht gebunden (Rechtsstaat)
- nationale Gemeinschaft/Identität, demokratischer Nationalstaat
- Anerkennung (Legitimierung) gesellschaftlicher Wohlstand, gerecht verteilen, sozialer Interventionsstaat

Relativierung durch

- Globalisierung der Wirtschaft/Finanzmärkte
- Mehrebenensystem: Entscheidung der EU
- internationale Gerichte: Europäischer Gerichtshof, Welthandelsorganisation
- Ausbildung von subnationalen Identitäten (Liga Nord: Belgien, Flamen, Valonen)
- Demokratiedefizit in EU WTO

Konsequenzen:

- Souveränitäts- und Autonomieverlust des Staates
- Verselbständigung einzelner Politikfelder
- Expertenmacht, Elitendominierung
- Regulierung, Steuerung, System sozialer Sicherung wird komplexer, nationalstaatlicher, demokratischer Regelung entzogen

## Nr. 27

Kulturelle Herausforderung: Wohlfahrtsstaatlicher Konsens und offene Gesellschaft

---

Funktionsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates beruht auf Glauben, Annahme, Vertrauen, dass

Regelungen, Leistungen, Institutionen trotz Defiziten insgesamt einer gerechten Ordnung nahe kommen (Loyalität, Legitimität)

Politische und soziale Rechte des Bürgers/Person (Inklusion) früher nur auf Grund von Lohnarbeit oder Vermögen führt zur moralischen Anerkennung des anderen Mitmenschen mit grundsätzlichen gleichen Rechten und Pflichten (Christentum, Aufklärung, Europa, Menschenrechte, UN, EU-Sozialcharta)

Verständnis sozialer Gerechtigkeit

Bedarfsgerechtigkeit

Leistungsgerechtigkeit

Besitzstandsgerechtigkeit

Chancengerechtigkeit

nie eine einzige Gerechtigkeit allein möglich

---

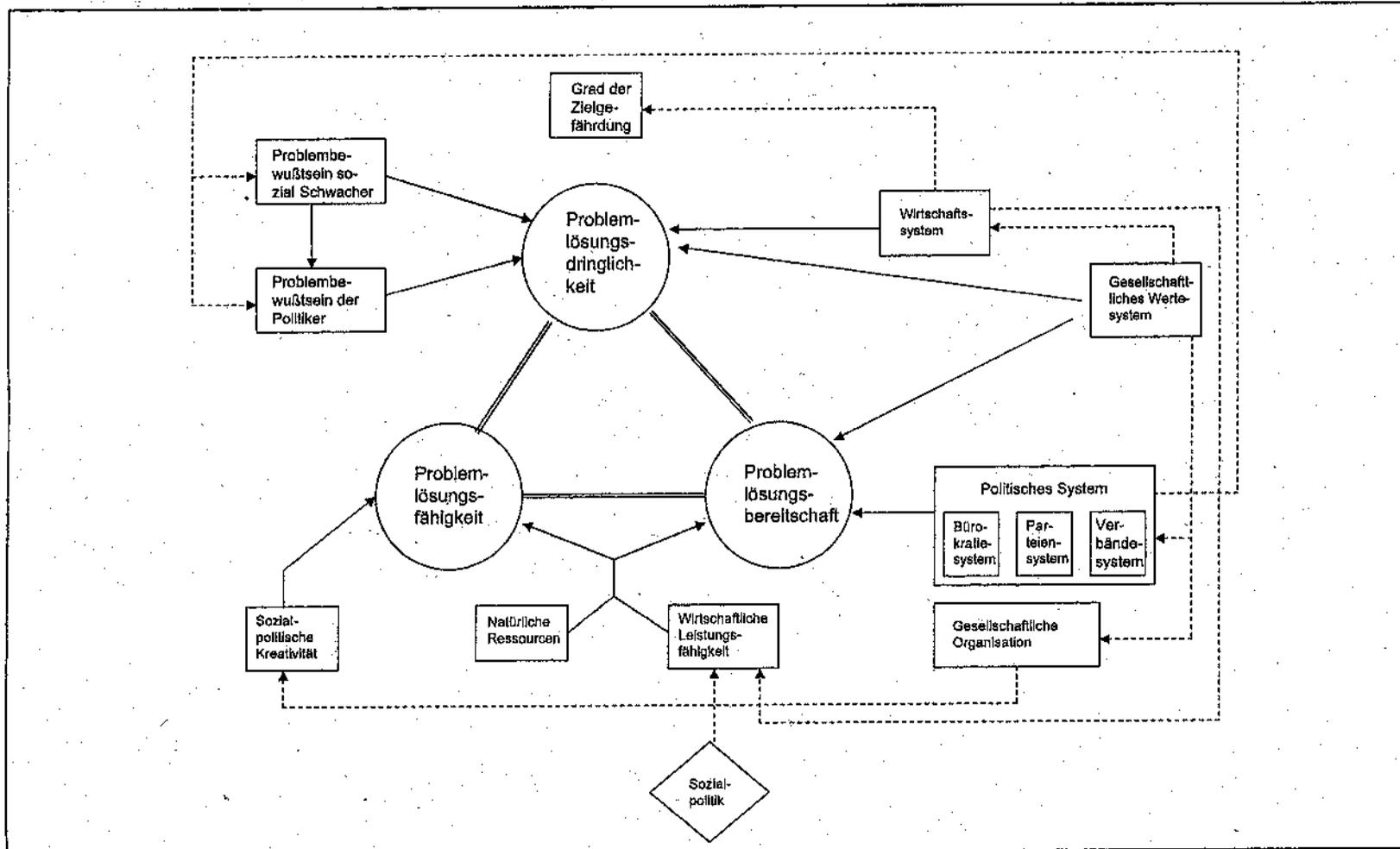
Kaufmann: Herausforderungen des Sozialstaates, 1997

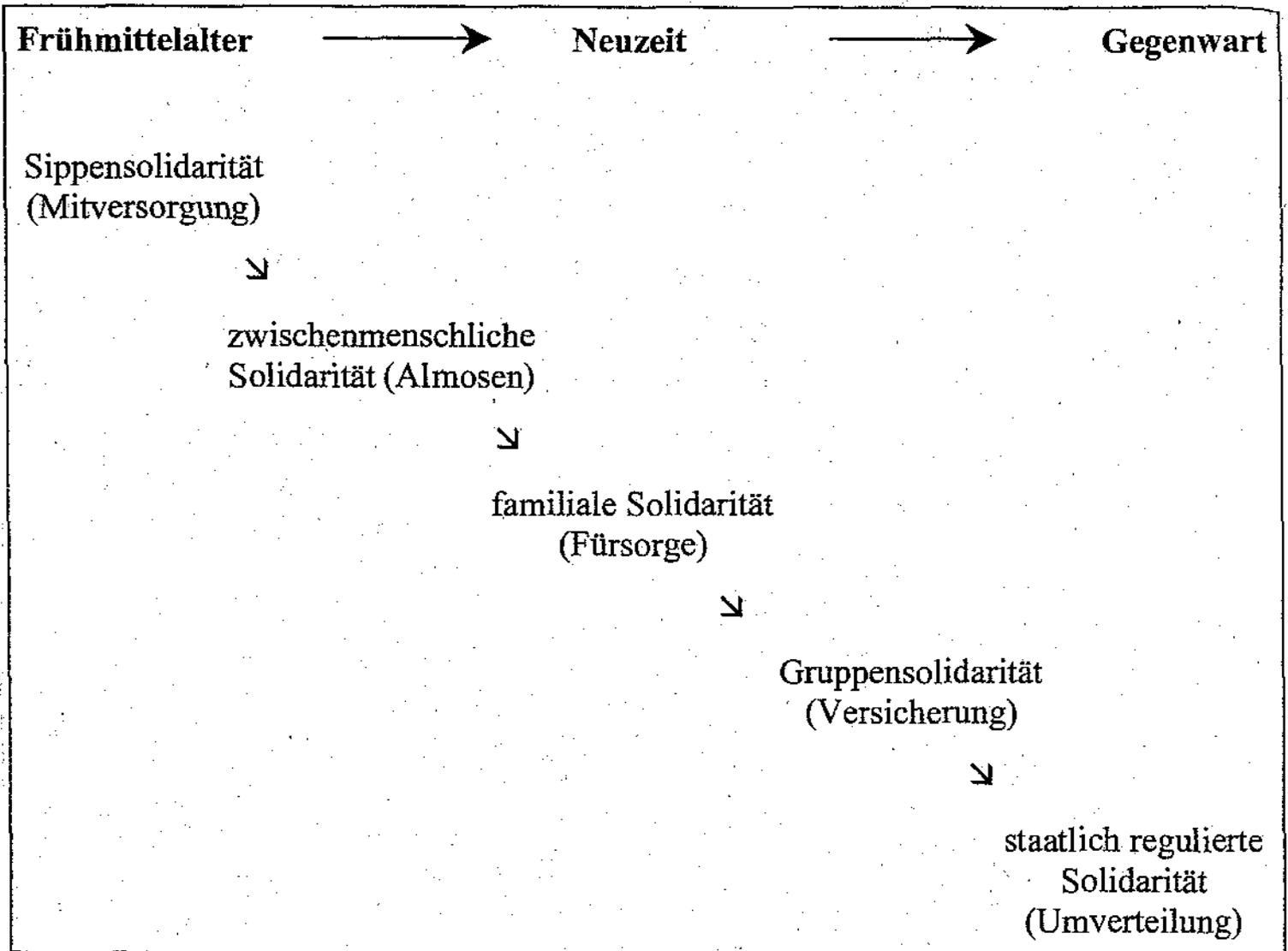
Zacher 200, S. 81

# Der reife Wohlfahrtsstaat als „Problemlöser“ und Problemverursacher

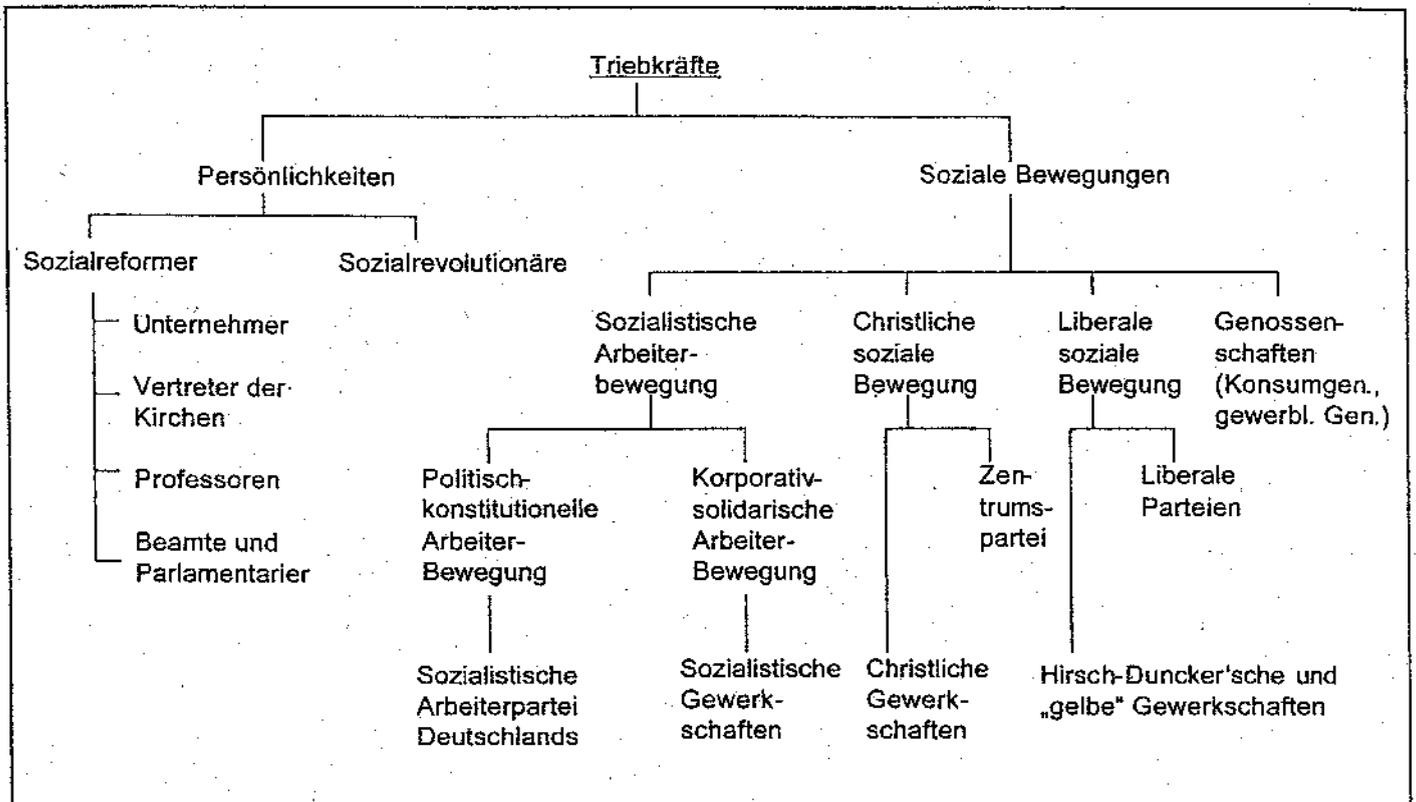
'Problemlöser'	'Problemverursacher'
<i>I. Politische Dimension</i>	<i>I. Politische Dimension</i>
Bewältigt ureigene Probleme der Sozialpolitik effektiv: schützt vor Verelendung und sichert gegen Einkommensausfall infolge von Wechselfällen des Lebens, dämpft Ungleichheit ein oder kontrolliert Folgen sozialer Ungleichheit	Erzeugt Probleme zweiter Ordnung, wie sozialstaatsinduzierte Probleme (z.B. Anspruchsinflation, neue Ungleichheit, politisch konflikthafte 'Versorgungsklassenlagen')
Verkörpert eine besonders wichtige Quelle der Legitimation im demokratischen Staat	Hochgradige Bürokratisierung und Zentralisierung*
Schottet die Politik gegen Übertragung ökonomischer Krisen ab	Verdrängung oder Blockierung von finanziell aufwendiger öffentlicher Daseinsvorsorge jenseits der Sozialpolitik
<i>II. Gesellschaftliche Dimension</i>	<i>II. Gesellschaftliche Dimension</i>
Dämpft und kanalisiert den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital; entlastet die Betriebe von Konflikten über Sozialeinkommen*	Errichtet einen Schutzwall um die abhängig Beschäftigten und die Gewerkschaften. Dieser birgt die Versuchung in sich, eine Lohnpolitik zu praktizieren, die Insider-Outsider-Spaltungen zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitssuchenden verstärkt**
Schutz gegen absolute Armut	Erzeugt neues Konfliktpotential durch Eingriff in alte - und Erzeugung neuer - 'Versorgungsklassenlagen'
Vermindert geschlechterspezifische Ungleichheit	Unbeabsichtigte Folgen abnehmender geschlechtsspezifischer Ungleichheit, wie Dekomposition von Kollektiven auf Mikro- und Makroebene
Massive Umverteilung von Einkommen zwischen Einkommensgruppen und zwischen Generationen	Unbeabsichtigte Folgen massiver Redistribution, wie intensiviert Zielkonflikte zwischen Sozialschutz und anderen wichtigen Zielen
Stärkt die Individualisierung und erleichtert pluralistische Lebensstile	Unbeabsichtigte Folgen der Individualisierung, z.B. Dekomposition von Kollektiven
Sozialpolitik ist bereichsweise zukunftsorientiert (z.B. durch die Stabilisierung der Lebenslage Älterer) und kann gesellschaftliche Ungewissheit beträchtlich vermindern	Nelgt dazu, Kosten auf jüngere Generationen, auf zukünftige Generationen (insbesondere durch hohe Staatsverschuldung) und zukunfts zugewandte Politikfelder (wie Bildungs-, Forschungs- und kinderfreundliche Politik) abzuwälzen
<i>III. Wirtschaftliche Dimension</i>	<i>III. Wirtschaftliche Dimension</i>
Beträchtlicher „wirtschaftlicher Wert“ des Wohlfahrtsstaates (Protektion, Reproduktion und Gesundheitsversorgung der Arbeitskraft, Konflikteindämmung, Anreiz für produktivitätssteigernde Investitionen)	Zielkonflikt zwischen ehrgeizigem Sozialschutz einerseits und ökonomischer Effizienz sowie ehrgeiziger Beschäftigungspolitik** andererseits
Die Wirtschaft der heutigen Wohlfahrtsstaaten ist so schnell wie oder schneller gewachsen als die anderer Ökonomien	Der reife Wohlfahrtsstaat engt den Handlungsspielraum anderer ausgabenintensiver Politikfelder stark ein
Sozialpolitik verstetigt die Nachfrage für Konsumgüter	Ausbeutung von Versicherungen und Anreiz zur Abwanderung in die Schattenwirtschaft
Länder mit starkem Wohlfahrtsstaat haben Krisen gleich gut oder besser bewältigt als Länder mit schwacher Sozialpolitik	Kann die Anpassungskapazität der Ökonomie beträchtlich verzerren

Primäre und sekundäre Determinanten sozialpolitischer Entwicklung





Triebkräfte der sozialpolitischen Entwicklung im 19. Jahrhundert



Zeittafel zur Geschichte der sozialen Bewegungen

- |          |   |
|----------|---|
| 1833     | Gründung des Rauhen Hauses in Hamburg-Horn durch Johann Hinrich Wichern   |
| 1845     | Friedrich Engels veröffentlicht „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“   |
| 1845     | Kolping gründet katholische Gesellenvereine   |
| 1847     | Kolping wird Präses des Gesellenvereins in Elberfeld<br>(1850 „Rheinischer Gesellenbund“)   |
| 1848     | Wichern: Gründung der „Inneren Mission“   |
| 1848     | Karl Marx veröffentlicht das „Kommunistische Manifest“  |
| 1848     | Wilhelm Emanuel von Kettelers Predigten in Mainz über soziale Fragen  |
| 1849     | Adolf Kolping gründet in Köln katholischen Gesellenverein   |
| 1849     | Schulze- Delitzsch gründet Genossenschaften   |
| 1860 ff. | Gründung christlich-sozialer Arbeitervereine (katholisch)   |
| 1863     | Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter maßgeblicher<br>Mitwirkung von August Bebel und Karl Liebknecht in Eisenach (Eisenacher) |
| 1870     | Gründung des Zentrums; in ihm wirkten als katholische Sozialpolitiker<br>Georg von Hertling und Franz Hitze                                       |
| 1872     | Gründung des Vereins für Socialpolitik (Kathedersozialisten)  |
| 1873     | Abschluss des 1. Tarifvertrages (Buchdruckertarif)  |
| 1875     | Vereinigung der „Lassalleaner“ und „Eisenacher“ zur Sozialistischen<br>Arbeiterpartei Deutschlands in Gotha (Gothaer Programm)                    |
| 1877     | Gründung des „Zentralvereins für Sozialreform“ durch Rudolf Todt, Rudolf Meyer,<br>Adolf Stöcker und Adolph Wagner                                |
| 1878     | Gründung der Christlich- Sozialen Arbeiterpartei durch Adolf Stöcker in Berlin  |
| 1884     | Papst Leo XIII. empfiehlt Gründung katholischer Arbeitervereine   |
| 1890     | Gründung des „Gesamtverbandes Evangelischer Arbeitervereine Deutschlands“<br>in Berlin  |
| 1890     | Gründung des Katholischen Volksvereins in Mönchen-Gladbach  |
| 1891     | Sozialenzyklika Leos XIII. „Rerum novarum“  |
| 1893     | Gründung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV)   |
| 1894     | Gründung der Christlichen Gewerkschaften  |
| 1896     | National-sozialer Verein (Friedrich Naumann)  |
| 1899     | Gründung der evangelischen Frauenhilfe und des deutsch-<br>evangelischen Frauenbundes   |
| 1899     | Gründung eines Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften  |
| 1901     | Gründung der „Gesellschaft für Sozialreform“ durch christliche Sozialpolitiker  |
| 1918     | Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern  |

Periodisierte Zeittafel grundlegender sozialpolitischer Gesetze

Sozialpoliti- scher Bereich	1839 - 1890	1890 - 1918	1918 - 1933	1933 - 1945	1949 - 2002
Arbeitneh- merschutz	1839: Regulativ über die Beschäftigung jugendl. Arbeiter in den Fabriken  1845: Preußische allgemeine GewO  1849: Truckverbot  1853: Gesetz über Fabrikinspektoren	1891: Arbeiter- schutzgesetz	1918: Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter  1926: Kündigungsschutzgesetz für Angestellte  1927: Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft	1935: Gesetz über Wochen- hilfe  1938: Jugendschutzgesetz	1951: Kündigungsschutzgesetz  1952: Mutterschutzgesetz  1960: Gesetz zum Schutz der arbei- tenden Jugend  1963: Bundesurlaubsgesetz  1994: Arbeitszeitgesetz
Sozialver- sicherung	1883: Gesetz, betr. die Krankenver- sicherung der Ar- beiter  1884: Unfallversiche- rungsgesetz  1889: Gesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversiche- rung	1911: Reichsver- sicherungs- ordnung	1923: Reichsknappschaftsgesetz  1925: Zweites Gesetz über Änderun- gen in der Unfallversicherung  1927: Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	1934: Gesetz über den Aufbau der Sozialver- sicherung  1938: Gesetz über die Altersversorgung für das deutsche Hand- werk	1957: Neuregelungsgesetze der Rentenversicherung  1957: Altershilfe für Landwirte  1971: Schüler-, Studenten- und Kindergartenkinderunfall- versicherung  1981: Künstlersozialversicherungs- gesetz  1985: Anerkennung von Erziehungs- jahren  1994: Pflegeversicherungsgesetz  1996: Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand  2002: Altersvermögens- und Alters- vermögensergänzungsgesetz
Arbeits- marktpolitik			1918: Verordnung über Tarifverträge  1920: Verordnung über die Errich- tung eines Reichsamts für Ar- beitsvermittlung  1922: Arbeitsnachweisgesetz  1923: Verordnung über das Schlich- tungswesen	1933: Gesetz über Trau- händer der Arbeit  1934: Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit  1934: Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes	1949: Tarifvertragsgesetz  1952: Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingun- gen  1969: Arbeitsförderungsgesetz  <b>2004</b>

### Fortsetzung Nr. 33

Sozialpolitischer Bereich	1839 - 1890	1890 - 1918	1918 - 1933	1933 - 1945	1949 - 2002
Betriebs- und Unternehmensverfassungspolitik		1916: Hilfsdienstgesetz	1920: Betriebsrätegesetz 1922: Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat		1951: Montanmitbestimmungsgesetz 1952: Betriebsverfassungsgesetz 1955: Personalvertretungsgesetz 1976: Mitbestimmungsgesetz
Fürsorge- und Sozialhilfepolitik			1922: Jugendwohlfahrtsgesetz 1924: Grundsätze über öffentliche Fürsorgeleistungen		1961: Bundessozialhilfegesetz 1961: Gesetz für Jugendwohlfahrt 1993: Asylbewerberleistungsgesetz 2001: Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung <i>2005 SGB II BSHG GSIG</i>
Wohnungspolitik			1923: Einführung einer Hauszinssteuer zur Wohnungsbauförderung		1950: 1. Wohnungsbaugesetz 1952: Wohnungsbauprämien-gesetz 1994: Wohnungsbauförderungsgesetz
Familienpolitik				1935: Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien	1954: Kindergeldgesetz 1979: Mutterschaftsurlaubsgesetz 1985: Erziehungsgeld- und Erziehungsurlaubsgesetz 1999: Familienförderungsgesetz
Vermögenspolitik					1952: Lastenausgleichsgesetz 1959: Sparprämien-gesetz 1961: Erstes Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung 2002: Altersvermögensgesetz und Altersvermögensergänzungsgesetz
Bildungspolitik					1969: Berufsbildungsgesetz 1971: Bundesausbildungsförderungsgesetz

Nr. 34

Bismarck und das Beveridge-Modell des Wohlfahrtsstaates

	<i>Versicherungsmodell (Bismarck-Modell)</i>	<i>Fürsorgemodell (Beveridge-Modell)</i>
Gesicherte Person	Gruppe der versicherten Arbeitnehmer (Erwerbstätige)	die gesamte Bevölkerung
Finanzierung	Beiträge nach Löhnen/Gehältern (Einkommen)	Staatsbudget (Steuern)
Geldleistungen	Bemessung auf der Grundlage der ausgefallenen Löhne/Gehälter (Einkommen)	einheitliche Pauschalleistungen
Sachleistungen	Sachleistungen der Versicherung oder im Wege der Kostenerstattung	kostenlos (Bereitstellung durch staatlichen Gesundheitsdienst)

Sozialstaatstypen nach Esping-Andersen

Typus des Wohlfahrtsstaates Klassische Vertreter	liberal Großbritannien	konservativ Deutschland	sozialdemokr. Schweden
<i>Dekommodifizierung: Schutz gegen Marktkräfte und Einkommensausfälle</i>	schwach	mittel	stark
– Einkommensersatzquote			
– Anteil individueller Finanzierungsbeiträge			
<i>Residualismus</i>			
– Anteil von Fürsorgeleistungen an gesamten Sozialausgaben	stark	stark	schwach
<i>Privatisierung</i>			
– Anteil privater Ausgaben für Alter bzw. Gesundheit an den Gesamtausgaben	hoch	niedrig	niedrig
<i>Korporatismus/Etatismus</i>			
– Anzahl von nach Berufsgruppen differenzierten Sicherungssystemen	schwach	stark	schwach
– Anteil der Ausgaben für Beamtenversorgung			
<i>Umverteilungskapazität</i>			
– Progressionsgrad des Steuersystems	schwach	schwach	stark
– Gleichheit der Leistungen			
<i>Vollbeschäftigungsgarantie</i>			
– Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik	schwach	mittel	stark
– Arbeitslosenquoten, gewichtet mit Erwerbsbeteiligung			
– Staat als Arbeitgeber			

Quelle: Rolf G. Heinze, Josef Schmid und Christoph Strünck: Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat, Opladen 1999, S. 103

*1. Korporatistischer kontinentaleuropäischer Typ*

Dieser Typ wird charakterisiert durch öffentliche Verantwortung eigenständiger Träger, die eine erwerbszentrierte Sozialversicherung durchführen (Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Österreich).

*2. Liberaler angelsächsischer Typ*

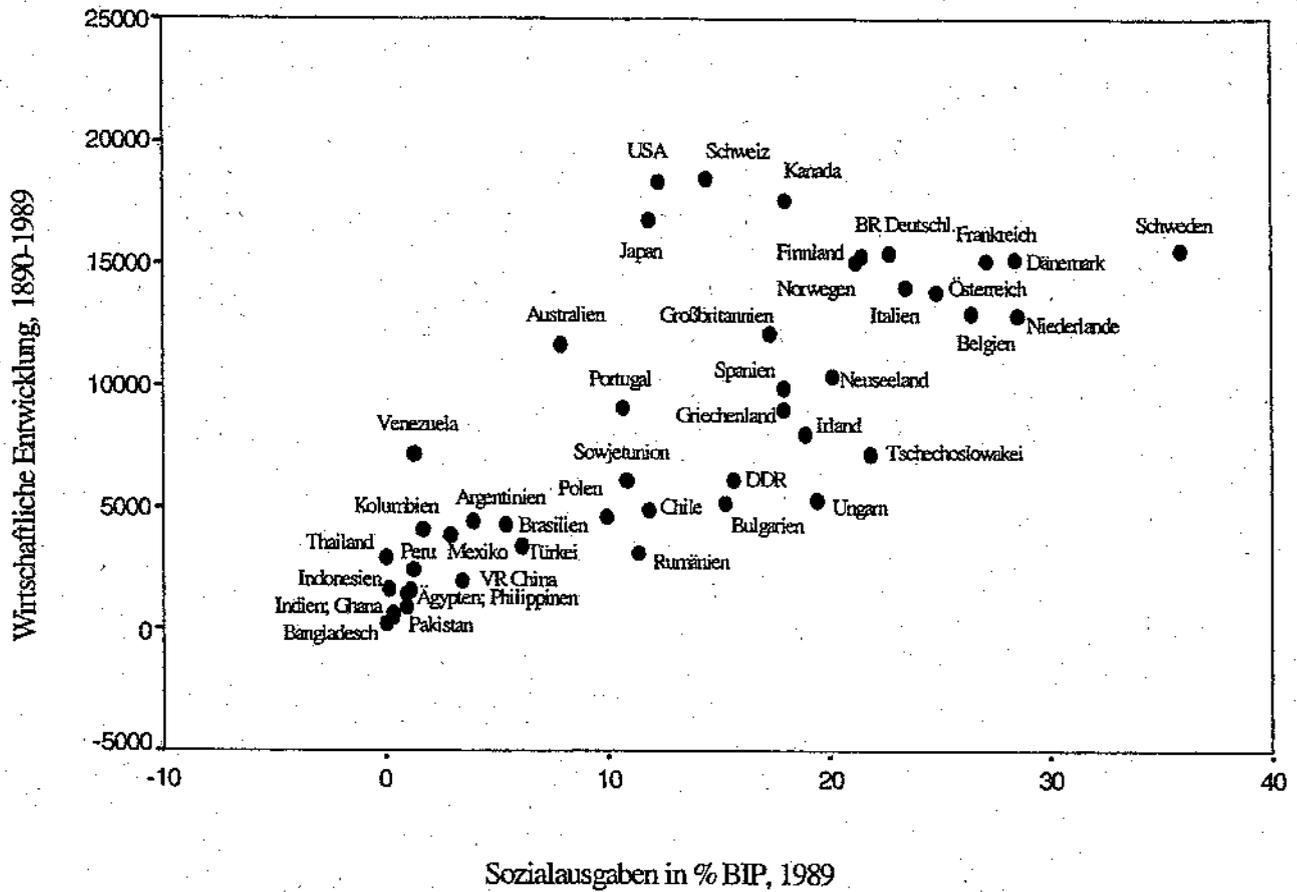
Dieser Typ zielt vor dem Hintergrund einer vergleichsweise eingeschränkten staatlichen Verantwortung für das Soziale auf Grund- und Mindestsicherung. Dieses Ziel soll durch Leistungssysteme erreicht werden, die auf eine Bedürfnisprüfung abstellen (Irland, Großbritannien).

*3. Sozialdemokratischer skandinavischer Typ*

Dieser Typ hat eine umfangreiche, staatliche verantwortete soziale „Dienstleistungsproduktion“ hervorgebracht. Er begreift soziale Sicherheit für jedermann als Bürgerrecht. Er „setzt“ auf allgemeine Gleichheit, besonders auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Für die Vergangenheit hat er das Sozialstaatsziel am umfassendsten verkörpert (Schweden als Prototyp).

*4. Südeuropäischer Typ*

Bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen weist er vor allem im Bereich der Mindestsicherung für jedermann noch Lücken auf. Es ist insoweit anders, als die soziale Sicherung sehr stark auf die Erwerbstätigen orientiert ist. Die Aufwendungen für die Alterssicherung sind sehr hoch. Neue Entwicklung: Hinwendung zu einer stark dienstorientierten Sozialpolitik und, in der sozialen Existenzsicherung, zur Verknüpfung von Mindestsicherung und Beschäftigungsangeboten (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien).



Anmerkung zur Abbildung 1:

Waagrecht: Entwicklung des (in international und historisch vergleichbaren Daten erfaßten) preisbereinigten Sozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1890 und 1989 (Maddison 1995: 193-206).

Senkrechte: Wachstum der Sozialleistungsquote (nach ILO-Daten) von 1890 bis 1989 (geschätzt durch die Sozialleistungsquote von 1989).

$R^2$  (bereinigt) = 0,51.

Leistungsprinzipien im Sozialstaat

Hierarchie	Individuelle Verantwortung	Soziale Verantwortung			
	Personale Ebene	Vorstaatliche Ebene (Gruppenorganisation)	Staatliche Ebene		
Leitgedanke	Autonomie	(geschlossene) Solidarität	(offene) Solidarität	Subsidiarität	Protektion
Prinzip	<i>Versicherungsprinzip</i>	<i>Solidarprinzip</i>	<i>Versorgungsprinzip</i>	<i>Fürsorgeprinzip</i>	<i>Alimentations-/Unterstützungsprinzip</i>
Grundzüge	Sicherung individueller Risiken nach individueller Leistungsfähigkeit, Sparprinzip oder Äquivalenzprinzip, Vereinbarung auf Gegenseitigkeit	kollektive Verantwortung („Zusammenschluss der Versicherten“), sozialer Ausgleich, relatives Äquivalenzprinzip, gleiche Leistungen bei gleichen Beitragssätzen aber ungleichen Beitragszahlungen (absolut höhere Beiträge bei höheren Einkommen)	Übernahme/Milderung von Lasten und Härten durch Allgemeinheit (Solidargemeinschaft)	Selbstverpflichtung der Allgemeinheit zur Milderung/Beseitigung individueller Not (Barmherzigkeit) Hilfgarantie nur bei Überforderung der betroffenen Ebene, Individualisierung und Bedürftigkeitsprüfung (kasuistisch strukturiert)	Fürsorge- und Unterhaltspflicht des Staates gegenüber einem besonders schutzwürdigen Personenkreis, Zuschuss zur Eigenvorsorge außerhalb pflichtgesetzlicher Systeme

## Fortsetzung Nr. 38

### Leistungsprinzipien im Sozialstaat

Gerechtigkeitskonzept	Vorsorgegerechtigkeit	Leistungs-/Vorsorgegerechtigkeit	Ausgleichende Gerechtigkeit	Austeilende Gerechtigkeit	Sekundierende Gerechtigkeit / Chancengerechtigkeit
(Um-) Verteilungslogik	Tausch	Teilhaberschaft	Wiedergutmachung	Subsistenzerhalt / Mindestbedarf	Substituierung / Subventionierung
Finanzierung	Erwerbspersonen oder Wohnbevölkerung	Belastung des Faktors Arbeit (AG/AN)	Steuerpflichtige	Steuerpflichtige	Steuerpflichtige, geringfügige Eigenbeteiligung
Organisation	spezialisierte privatwirtschaftliche Versicherungsgesellschaften	Selbstverwaltete, parastaatliche Versicherungsträger	Staat beziehungsweise von ihm beauftragte Institutionen	Staat beziehungsweise von ihm beauftragte Institutionen	Staat beziehungsweise von ihm beauftragte Institutionen
Kapitalverwaltung	separiertes Kapital	separiertes Kapital; Umlageverfahren oder Kapitaldeckungsverfahren	allgemeine Mittel des Staates	allgemeine Mittel des Staates	allgemeine Mittel des Staates
Leistungs-differenzierung	Kausalprinzip	Kausalprinzip	Kausalprinzip	Finalprinzip	Finalprinzip
Anspruch, Zugang	Beitragszahlung + „Versicherungsfall“; (begründungspflichtig ist Betroffene/r)	Mitgliedschaft (Beitragszahlung) + „Versicherungsfall“ oder Bedürftigkeit (bedarfsorientiert; begründungspflichtig ist Leistungserbringer/in)	(meist unverschuldet) erlittene Nachteile, Schäden oder Opfer (begründungspflichtig ist Betroffene/r)	Bedürftigkeit „dem Grunde nach“ (begründungspflichtig ist Betroffene/r)	Eigenanteil + allgemeiner Rechtsanspruch (begründungspflichtig ist Betroffene/r)

## Fortsetzung Nr. 38

### Leistungsprinzipien im Sozialstaat

Art der Leistung	Geldleistung	Geld-/Sach-/Dienstleistung	Geldleistung	Geld-/Sachleistung	Geldleistung
Leistungssysteme	Private Personenversicherungen (Lebens-, Kranken-, Unfallversicherungen), zum Teil auch betriebliche Altersvorsorge und Gesetzliche Rentenversicherung	Gesetzliche Kranken-, Rentenversicherung, zum Teil auch Gesetzliche Unfallversicherung, Pflegeversicherung und Arbeitslosenversicherung	Bundesversorgungsgesetz, Schwerbehindertengesetz, Bundesvertriebenengesetz, Opferentschädigungsgesetz, Häftlingshilfegesetz, Soldatenversorgungsgesetz, Zivildienstgesetz, 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, Infektionsschutzgesetz, zum Teil auch Gesetzliche Unfallversicherung	Bundessozialhilfegesetz, Wohlgeldgesetz, Bundeskindergeldgesetz, Bundeserziehungsgeldgesetz, zum Teil auch Ausbildungsförderung, Pflegeversicherung und Arbeitslosenversicherung	Beamtenversorgung, Sondersysteme für Landwirte, Künstler et cetera, zum Teil auch Ausbildungsförderung, Pflegeversicherung und Arbeitslosenversicherung

<i>Sozialversicherungen</i>	<i>Träger/Behörden</i>	<i>Rechtsgrundlage/n</i>
Gesetzliche Krankenversicherung	Gesetzliche Krankenkassen (Orts-, Ersatz-, Betriebs-, Innungskrankenkassen)	SGB I, SGB IV, SGB V
Gesetzliche Unfallversicherung	Gewerbliche Berufsgenossenschaften, Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand	SGB I, SGB IV, SGB VII
Gesetzliche Rentenversicherung	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Landesversicherungsanstalten, Seekasse, Bundesknappschaft	SGB I, SGB IV, SGB VI
Arbeitslosenversicherung/ Arbeitsförderung	Bundesanstalt für Arbeit mit untergeordneten (Landes-)Arbeitsämtern	Arbeitsförderungsgesetz/ SGB III, SGB I, SGB IV
Soziale Pflegeversicherung	Gesetzliche Pflegekassen (= Krankenkassen, siehe oben)	SGB I, SGB IV, SGB XI

<i>Versorgungssysteme</i>	<i>Träger/Behörden</i>	<i>Rechtsgrundlage/n</i>
<p>Medizinische und berufliche Rehabilitation und Integration von Behinderten und Schwerbehinderten</p>	<p>Hauptfürsorgestellen, überörtliche Sozialhilfeträger, Jugend- und Sozialämter bei den Kreisen und kreisfreien Städten, Träger der Sozialversicherung (vor allem Rentenversicherungsträger und Bundesanstalt für Arbeit)</p>	<p>Schwerbehindertengesetz, SGB IX und andere, Bundessozialhilfegesetz, Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII)</p>
<p>Integrationshilfen für Spätaussiedler</p>	<p>Verwaltung: Bundesverwaltungsamt, Heimkehrerstiftung, Otto-Benecke-Stiftung, Stiftung für ehemalige politische Häftlinge</p> <p>Finanzierung: Bund, Bundesanstalt für Arbeit, Unfall- und Rentenversicherungsträger</p>	<p>Kriegsfolgenbereinigungsgesetz, Bundesvertriebenen-gesetz</p>
<p>Entschädigungen für entstandene Härten</p>	<p>Versorgungsämter, Landesversorgungsämter (Kriegsopfer-, Soldaten-, Zivildienst-, Häftlingsversorgung und so weiter)</p> <p>Hauptfürsorgestellen bei den Kreisen und kreisfreien Städten (Leistungen der Kriegsopferfürsorge)</p> <p>Heilbehandlung durch Krankenkassen</p>	<p>Bundesversorgungsgesetz, Kriegsfolgenbereinigungsgesetz, Bundesvertriebenen-gesetz, Opferentschädigungsgesetz, Häftlingshilfegesetz, Soldatenversorgungsgesetz, Zivildienstgesetz, Infektionsschutzgesetz, Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz, Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz, Einigungsvertrag, Einigungsvertragsgesetz, 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz</p>

## Fortsetzung Nr. 40

### Sicherungsteilsysteme und Träger

<i>Sondersysteme</i>	<i>Träger/Behörden</i>	<i>Rechtsgrundlage/n</i>
Beamtenversorgung (Pensionen, Familienzuschläge, Beihilfen)	Jeweils oberste Dienstbehörde bei Bund, Ländern, Kommunen, Gemeindeverbänden oder öffentlichen Körperschaften, Beschäftigungsbehörde, Pensionsregelungsbehörden	vor allem Beamtenversorgungsgesetz, Beihilfenvorschriften des Bundes und der Länder
Altersversicherung der Landwirte	Landwirtschaftliche Alterskassen	Bundesversorgungsgesetz
Sicherung freier Berufe	Künstlersozialkasse (für Künstler und Publizisten), berufsständische Versorgungswerke bei den Berufskammern (Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Notare, Architekten, Wirtschaftsprüfer und so weiter)	Künstlersozialversicherungsgesetz, Landesrecht und Kammersatzungen bei Kammerberufen
Zusätzliche Altersversorgungswerke	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Kommunale Zusatzversorgungskassen, Seemannskasse, Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, und andere	überwiegend per Satzungsrecht
Ausbildungsförderung für Schüler/innen und Studierende	je nach Landesrecht Ämter für Ausbildungsförderung bei den Kommunalverwaltungen, Hochschulen, Studentenwerken und so weiter  Verwaltung der Darlehen: Bundesverwaltungsamt, Deutsche Ausgleichsbank	Bundesausbildungsförderungsgesetz

Sicherungsteilsysteme und Träger

<i>Fürsorgesysteme</i>	<i>Träger/Behörden</i>	<i>Rechtsgrundlage/n</i>
Familienleistungsausgleich (Kindergeld, Erziehungsgeld)	Kindergeld: Bundesanstalt für Arbeit, Familienkassen bei den Arbeitsämtern  Erziehungsgeld: meist örtliche Jugend-, Bezirks-, Versorgungsämter oder Landesbehörden	Bundeskindergeldgesetz; Bundeserziehungsgeldgesetz, Landesrecht
Kinder- und Jugendhilfe	Jugendämter bei den Kreisen und kreisfreien Städten, nach Maßgabe des Landesrechts auch leistungsfähige kreisangehörige Gemeinden	Kinder- und Jugendhilfegesetz/SGB VIII
Sozialhilfe	Kommunen beziehungsweise übergeordnete Behörden als örtliche beziehungsweise überörtliche Sozialhilfeträger	Bundessozialhilfegesetz
Wohngeld	Wohngeldstellen nach Landesrecht bei den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten	Wohngeldgesetz
Ausländische Flüchtlinge und Asylbewerber/innen	Oberste Landesbehörden (meist Innen- oder Sozialministerien), örtlich zuständige Kommunalbehörden (meist Sozialämter)	Asylbewerberleistungsgesetz

<i>Indirekte Sozialleistungen</i>	<i>Träger/Behörden</i>	<i>Rechtsgrundlage/n</i>
Steuerrechtlicher Ausgleich außergewöhnlicher Belastungen	Finanzverwaltungen	Einkommensteuergesetz, Vermögensbildungsgesetz

## Nr. 41 Sozialbudget 2003p nach Institutionen

		Struktur in %	Mio €
	<b>Sozialbudget insgesamt.....</b>	<b>100</b>	<b>694430</b>
	<i>(einschl. Beiträge des Staates).....</i>		732889
<b>1</b>	<b>Allgemeine Systeme.....</b>	<b>66,0</b>	<b>355158</b>
	<i>einschl. Beiträge des Staates.....</i>		483913
11	Rentenversicherung.....	32,5	238508
111	- Rentenversicherung der Arbeiter.....	15,7	115229
112	- Rentenversicherung der Angestellten.....	14,8	108804
113	- Knappschaft. Rentenversicherung.....	2,0	14475
12	Private Altersvorsorge.....	-	-
13	Krankenversicherung.....	19,6	143337
14	Pflegeversicherung.....	2,4	17407
15	Unfallversicherung.....	1,5	11344
16	Arbeitsförderung.....	10,0	73316
<b>2</b>	<b>Sondersysteme.....</b>	<b>0,8</b>	<b>5827</b>
21	Alterssicherung der Landwirte.....	0,5	3309
22	Versorgungswerke.....	0,3	2518
<b>3</b>	<b>Leistungssysteme des öff. Dienstes.....</b>	<b>7,2</b>	<b>52712</b>
31	Pensionen.....	4,9	35806
32	Familienzuschläge.....	1,0	6971
33	Beihilfen.....	1,4	9936
<b>4</b>	<b>Leistungssysteme der Arbeitgeber.....</b>	<b>7,2</b>	<b>52576</b>
41	Entgeltfortzahlung.....	3,4	25043
42	Betriebliche Altersversorgung.....	2,2	16130
43	Zusatzversorgung.....	1,2	8717
44	Sonstige Arbeitgeberleistungen.....	0,4	2685
<b>5</b>	<b>Entschädigungssysteme.....</b>	<b>0,8</b>	<b>5557</b>
51	Soziale Entschädigung.....	0,6	4451
52	Lastenausgleich.....	0,0	88
53	Wiedergutmachung.....	0,1	873
54	Sonstige Entschädigungen.....	0,0	145
<b>6</b>	<b>Förder- und Fürsorgesysteme.....</b>	<b>7,8</b>	<b>57272</b>
61	Sozialhilfe.....	3,8	27975
62	Jugendhilfe.....	2,4	17914
63	Kindergeld.....	0,0	132
64	Erziehungsgeld.....	0,5	3481
65	Ausbildungsförderung.....	0,2	1670
66	Wohngeld.....	0,7	5209
67	Förderung der Vermögensbildung (Staat).....	0,1	892
	<b>Direkte Leistungen insgesamt.....</b>	<b>89,8</b>	<b>619399</b>
	<i>einschl. Beiträge des Staates.....</i>		657857
<b>7</b>	<b>Indirekte Leistungen.....</b>	<b>10,2</b>	<b>75032</b>
71	Steuerliche Maßnahmen (ohne FLA).....	5,3	38952
72	Familienleistungsausgleich (FLA).....	4,9	36080

## Nr. 42 Sozialbudget nach Funktionen (alte Länder in %)

Sozialbudget, insgesamt	2003p
Einkommensleistungen.....	63,1
Barerstattungen.....	5,5
Waren und Dienstleistungen.....	22,7
Allgemeine Dienste u. Leistungen.....	4,0
<i>Zuschüsse</i> .....	0,7
<i>Maßnahmen</i> .....	0,8
<i>Innerer Dienst</i> .....	2,5
Verrechnungen.....	4,7
<b>Leistungen nach Arten.....</b>	<b>100</b>
Sozialbeiträge.....	60,9
<i>der Versicherten</i> .....	26,3
- <i>Arbeitnehmer</i> .....	21,4
- <i>Selbständigen</i> .....	1,2
- <i>Rentner</i> .....	2,3
- <i>Sonstige Personen</i> .....	1,5
- <i>Sozialversicherungsträger</i> .....	-
<i>der Arbeitgeber</i> .....	34,6
- <i>Tatsächliche Beiträge</i> .....	23,8
- <i>Unterstellte Beiträge</i> .....	10,8
Zuweisungen.....	37,7
<i>Aus öffentlichen Mitteln</i> .....	37,2
<i>Sonstige Zuweisungen</i> .....	0,6
Sonstige Einnahmen.....	1,3
Verrechnungen.....	-
<b>Finanzierung nach Arten.....</b>	<b>100,0</b>
<b>Finanzierungssaldo.....</b>	
Ehe und Familie.....	15,2
<i>Kinder und Jugendliche</i> .....	10,3
<i>Ehegatten</i> .....	4,2
<i>Mutterschaft</i> .....	0,7
Gesundheit.....	34,8
<i>Vorbeugung und Rehabilitation</i> .....	2,0
<i>Krankheit</i> .....	23,7
<i>Arbeitsunfall und Berufskrankheit</i> .....	2,0
<i>Invalidität</i> .....	7,2
Beschäftigung.....	7,9
<i>Berufliche Bildung</i> .....	1,6
<i>Mobilität</i> .....	1,0
<i>Arbeitslosigkeit</i> .....	5,2
Alter und Hinterbliebene.....	38,7
<i>Alter</i> .....	37,5
<i>Hinterbliebene</i> .....	1,3
Folgen politischer Ereignisse.....	0,4
Wohnen.....	1,2
Sparen/Vermögensbildung.....	1,5
Allgemeine Lebenshilfen.....	0,3
<b>Leistungen nach Funktionen.....</b>	<b>100,0</b>
Unternehmen.....	27,2
Bund.....	23,1
Länder.....	11,7
Gemeinden.....	9,3
Sozialversicherung.....	0,3
Private Organisationen.....	1,5
Private Haushalte.....	26,7
Übrige Welt.....	0,1
West-Ost-Transfer.....	-
	<b>100,0</b>
<b>Finanzierung nach Quellen</b>	<b>=</b>
	<b>601.337 Mill. €</b>

## Nr. 43 Sozialbudget nach Funktionen (neue Länder in %)

Sozialbudget, insgesamt	2003p
Einkommensleistungen.....	65,9
Barerstattungen.....	5,1
Waren und Dienstleistungen.....	22,0
Allgemeine Dienste u. Leistungen.....	7,1
<i>Zuschüsse</i> .....	3,4
<i>Maßnahmen</i> .....	0,9
<i>Innerer Dienst</i> .....	2,7
Verrechnungen.....	-
<b>Leistungen nach Arten.....</b>	<b>100</b>
Sozialbeiträge.....	41,1
<i>der Versicherten</i> .....	18,8
- <i>Arbeitnehmer</i> .....	15,1
- <i>Selbständigen</i> .....	0,6
- <i>Rentner</i> .....	2,7
- <i>Sonstige Personen</i> .....	0,4
- <i>Sozialversicherungsträger</i> .....	-
<i>der Arbeitgeber</i> .....	22,3
- <i>Tatsächliche Beiträge</i> .....	19,0
- <i>Unterstellte Beiträge</i> .....	3,2
Zuweisungen.....	37,3
<i>Aus öffentlichen Mitteln</i> .....	37,2
<i>Sonstige Zuweisungen</i> .....	0,1
Sonstige Einnahmen.....	0,5
Verrechnungen.....	21,0
<b>Finanzierung nach Arten.....</b>	<b>100,0</b>
<b>Finanzierungssaldo.....</b>	
Ehe und Familie.....	12,1
<i>Kinder und Jugendliche</i> .....	9,8
<i>Ehegatten</i> .....	1,8
<i>Mutterschaft</i> .....	0,5
Gesundheit.....	29,6
<i>Vorbeugung und Rehabilitation</i> .....	1,8
<i>Krankheit</i> .....	19,5
<i>Arbeitsunfall und Berufskrankheit</i> .....	1,6
<i>Invalidität</i> .....	6,8
Beschäftigung.....	19,0
<i>Berufliche Bildung</i> .....	3,9
<i>Mobilität</i> .....	3,6
<i>Arbeitslosigkeit</i> .....	11,4
Alter und Hinterbliebene.....	36,4
<i>Alter</i> .....	35,4
<i>Hinterbliebene</i> .....	1,0
Folgen politischer Ereignisse.....	0,3
Wohnen.....	1,1
Sparen/Vermögensbildung.....	1,4
Allgemeine Lebenshilfen.....	0,2
<b>Leistungen nach Funktionen.....</b>	<b>100,0</b>
Unternehmen.....	17,3
Bund.....	23,8
Länder.....	9,7
Gemeinden.....	7,9
Sozialversicherung.....	0,3
Private Organisationen.....	0,9
Private Haushalte.....	19,0
Übrige Welt.....	-
West-Ost-Transfer.....	21,0
<b>Finanzierung nach Quellen</b>	<b>100,0</b>
	=
	<b>132.331 Mill. €</b>

## Nr. 44

### Die Einheit des Sozialbudgets

---

„Nun gilt der einfache und klare Satz, dass *aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode abgedeckt werden muß*. Es gibt gar keine andere Quelle und hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Fonds, keine Übertragung von Einkommensteilen von Periode zu Periode, kein ‚Sparen‘ im privatwirtschaftlichen Sinne – es gibt einfach gar nichts anderes als das laufende Volkseinkommen als Quelle für den Sozialaufwand. Das ist auch nicht eine besondere Tücke oder Ungunst unserer Zeit, die von der Hand in den Mund lebt, sondern das ist immer so gewesen und kann nie anders sein. Ich darf dabei wohl mit ihrem Einverständnis absehen von den Fällen einer vorindustriellen Naturalwirtschaft, wo man Sozialpolitik treibt durch Anlage von Getreidemagazinen u.ä.“

Gerhard Mackenroth

Die Finanzierung der Sozialeinkommen im Wirtschaftskreislauf

